

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die Freiheit,
die sie meinen
Daniel Lehner

Der Finanzausgleich
als Chance
Andreas Höferl

Norwegen, Schweiz, Türkei
oder doch bloß WTO?
Stefan Brocza

There is An Alternative – Europäische
Perspektiven nach dem Brexit-Votum
Elisabeth Blaha

FÜR IMMER DEIX!
KARIKATURMUSEUM KREMS



EDITORIAL

Der mediale Umgang mit dem mutmaßlichen Fördermissbrauch rund um die Kindergärten des Vereins »Alt-Wien« ist bezeichnend für das aktuelle politische Klima im Land. Im Fall des Fördermissbrauchs durch »islamische« Kindergärten brach im Vorjahr mediale Hysterie über das angebliche Versagen der Kontrollen der Stadt Wien aus. Nun überschlugen sich Stadtopposition und Medien, als eben diese verstärkten Kontrollen im Fall »Alt-Wien« Wirkung zeigten, vor Mitgefühl mit einem Kindergartenbetreiber, der Fördergelder in eine Villa im Familienbesitz und eine Reitschule der Tochter gesteckt zu haben scheint und vor Empörung über die Stadt Wien, die das Geld zurückhaben will. Dass die Rückforderung von Fördermitteln mit dem Hinweis auf die große Zahl betroffener Betreuungsplätze unterminiert werden sollte, stellt nur unter Beweis, dass der aus der Bankenwelt bekannte »moralische Hazard« des Prinzips »too big to fail« immer größere Kreise zu ziehen scheint.

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein **Nachtrag von Florian Wenninger** zur »Aktuellen Debatte« in ZUKUNFT 06/2016 zum »Haus der Geschichte«.

Daniel Lehner nimmt die vertagte Debatte über Anti-Rot-Blau-Beschluss und einen **Kriterienkatalog für Koalitionen** zum Anlass für eine **grundsätzliche Erörterung des Verhältnisses von SPÖ und FPÖ**. Er wendet sich entschieden gegen die auf Klassendünkel beruhende Verächtlichmachung (potenzieller) FPÖ-WählerInnen, zeigt aber gleichzeitig auf, warum die Übernahme von FPÖ-Positionen und eine »taktische« Annäherung der SPÖ politisch völlig falsch und kontraproduktiv sind.

Auch **Wolfgang Edelmüller** beschäftigt sich auf Grundlage des Ergebnisses der **Bundespräsidentenwahl** mit der Frage, wie die sich **zuspitzende soziale Lage** und die neoliberale Wirtschaftspolitik den **Rechtspopulisten** in die Hände spielt und traditionelle sozialdemokratische Kernschichten für chauvinistische und fremdenfeindliche Botschaften empfänglich macht.

Der aktuell in Verhandlungen stehende **Finanzausgleich** zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist Gegenstand einer tiefgreifenden Auseinandersetzung von **Andreas Höferl** mit der Aufgaben- und Mittelverteilung der Gebietskörperschaften.

Die verlorene Brexit-Abstimmung ist das Ergebnis einer mehrfach gescheiterten Strategie der regierenden Konservativen. Statt die Tories hat sie aber die **Labour Party** in eine **Führungskrise** gestürzt, als sie zum Auslöser für eine **Revolte der Parlamentsfraktion** der Labour Party gegen ihren im Vorjahr überraschend von den Mitgliedern gewählten Parteichef **Jeremy Corbyn** wurde. **Ludwig Dvořák** skizziert die Ereignisse der letzten Wochen und zeigt, warum sich trotz aller handwerklichen Mängel der Parteiführerschaft Corbyns der von ihm eingeschlagene Kurswechsel als politisch richtig erweist.

Stefan Brocza beschäftigt sich aus einer **europä- und handelspolitischen Perspektive** mit den **nach dem Brexit-Votum** bestehenden Handlungsoptionen für einen künftigen Status des Vereinigten Königreichs.

Die im **Brexit-Votum** verdichteten **widersprüchlichen Tendenzen** innerhalb und zwischen den **einzelnen Mitgliedstaaten** beschäftigen auch **Caspar Einem**, der der Frage nachgeht, wie politischer Konsens in der Union wieder hergestellt werden kann.

Nach den **Buchtipps** setzt sich **Elisabeth Blaha** mit der Frage auseinander, wie die **europäische Austeritätspolitik** mit dem **Brexit-Votum** in Zusammenhang steht und warum paradoxerweise der Brexit auch Chancen für einen europäischen Kurswechsel liefert.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Manfred Deix
o.T., 2015
© Manfred Deix, 2016

6 Vergangenheit unbekannt verzogen?

VON FLORIAN WENNINGER

12 Die Freiheit, die sie meinen

VON DANIEL LEHNER

18 Zur sozialen Topografie eines Wahlergebnisses

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

24 Der Finanzausgleich als Chance

VON ANDREAS HÖFERL

30 Labour – zwischen Shakespeare und Damaskus-Erlebnis

VON LUDWIG DVOŘÁK

36 Norwegen, Schweiz, Türkei oder doch bloß WTO?

VON STEFAN BROCZA

42 Das grundsätzliche Dilemma der EU

VON CASPAR EINEM

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 There is An Alternative – Europäische Perspektiven nach dem Brexit-Votum

SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

Vergangenheit unbekannt verzogen?

Das lange diskutierte »Haus der Geschichte Österreich«, dessen Umsetzung kürzlich mit einem realistischen Plan versehen wurde, sieht sich mit zahlreichen Vorwürfen aus der politischen Landschaft und der Kulturszene konfrontiert. Florian Wenninger kommentiert die aktuelle Debatte, die auch in ZUKUNFT 06/2016 Niederschlag gefunden hat.

Das Projekt eines Hauses der Geschichte beschäftigt die Republik seit Jahrzehnten. Der Widerstand gegen das Vorhaben vereint eine ungewöhnliche Allianz aus Konservativen, Postmodernen und eine Kultur- und Museumsbranche, die sich um ihre Budgets sorgt. Nun droht eine überfällige Initiative einmal mehr zu scheitern.

Es ist schon merkwürdig. Niemand bestreitet vorderhand, dass eine zeitgeschichtliche Bildungsinstitution mehr als notwendig wäre in einem Land, das über keine der deutschen »Bundeszentrale für politische Bildung« vergleichbare Institution verfügt und dessen einziges (dafür umso verdienstvolles) Zeitgeschichtemuseum im oberösterreichischen Ebensee beheimatet ist. Und doch: Liegen einmal konkrete Ideen vor, stoßen sie zuverlässig auf Kritik statt auf Zustimmung, wird sabotiert und torpediert, wo nur möglich.

DIE PERSPEKTIVEN DER PARTEIEN

Die offenkundigsten parteipolitischen Vorbehalte gegen ein neues zeitgeschichtliches Museum sind jene der ÖVP. Der Grund liegt nahe: Eine wie immer geartete Ausstellung muss sich notwendig auch mit der Zwischenkriegszeit befassen. So lange es die ÖVP nicht über sich bringt, sich mit ihrer Vorgängerorganisation, der Christlichsozialen Partei (CSP) kritisch auseinander zu setzen, kann die Volkspartei kein Interesse daran haben, dass die Jahre 1918–1934 ausführlicher erörtert werden. Nach Lage der Dinge verfügt die ÖVP vor 1945 über allenfalls marginale demokratische Traditionslinien, diejenigen Persönlichkeiten, die im Rahmen der CSP durchaus ein republikanisch-demokratisches Gedankengut vertraten, werden von der Partei seit eh und je stiefmütterlich behandelt, während rabiate Antisemiten wie Leopold Kunschak oder Diktatoren

wie Engelbert Dollfuß nach wie vor in Ehren gehalten werden. Eine prominente zeitgeschichtliche Ausstellung dürfte die Verklärung derjenigen, die seit den Anfängen der Zweiten Republik als Säulenheilige der Volkspartei fungieren, definitiv nicht erleichtern. Hinzu kommt zuverlässig der Anti-Reflex, der den österreichischen Konservatismus zuverlässig immer dann beutelt, wenn »die Roten« etwas wollen. Da hält man schon aus Prinzip dagegen.

Das für die ÖVP Gesagte trifft noch stärker auf die FPÖ zu. Die Christlichsozialen können nämlich immerhin auf die Gegnerschaft des Regimes Dollfuß/Schuschnigg zum Dritten Reich verweisen, die nach dem »Anschluss« etliche ihrer Repräsentanten mit bitterer Verfolgung bis hin zur Ermordung bezahlten. Jenes »nationale Erbe« auf das sich die FPÖ in ihrer Traditionspflege gerne beruft, ging dagegen Anfang der 1930er mehr oder weniger geschlossen in der NSDAP auf. Eingedenk der Rolle die man zuvor gespielt hatte, waren die Völkischen nach 1945 vorübergehend ziemlich abgemeldet. Die Frühphase der Zweiten Republik kennt daher aus Sicht der FPÖ nur politische GegnerInnen als AkteurInnen, während in der eigenen Historie eine wenig ruhmreiche Lücke klafft. Auch die FPÖ verspürt daher nicht eben ein zwanghaftes Bedürfnis, die Periode von den 1920ern bis in die 1950er im Rahmen einer Dauerausstellung permanent Revue passieren zu lassen.

Die NEOS sind in vergangenheitspolitischen Fragen bislang ganz generell nicht mit elaborierteren Positionen in Erscheinung getreten, weder positiv noch negativ: Sie teilen nicht die Abneigung vieler Konservativer gegen selbstkritische Geschichtsbeschau, das Interesse reicht aber offenbar auch nicht so weit, die Auseinandersetzung mit der Geschichte selbst zu forcieren. Aus der Debatte um das Haus der Geschichte hat

sich die Partei bislang ziemlich herausgehalten. Die historiografische Ignoranz jener politischen Resterampe ausführlicher zu erörtern, die sich Frank Stronach zum vorübergehenden Plaisir angelegen sein ließ, wäre gänzlich Zeitverschwendung.

Diejenige Partei, die in den letzten zwanzig Jahren eindeutig die Themenführerschaft in geschichtspolitischen Fragen innehatte, waren die Grünen. Nach ihrer Trennung von den Blut-und-Boden-Ökos der Umweltbewegung in den 1980ern war die Befassung mit dem Nationalsozialismus für sie auch durchaus attraktiv. Das Thema war Linksliberalen über die eigene Wählerschaft hinaus durchaus ein Anliegen, zugleich hatte die Partei im Hinblick auf ihre eigene Organisationshistorie keinerlei Nachteile zu befürchten: Es hatte sie schlicht nicht gegeben. Seit es aber erfolgreich gelungen ist, einen weitreichenden Konsens über die prinzipielle Verwerflichkeit des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen herzustellen, zeigt sich, dass die Grünen im Grunde keine weiteren klar umrissenen geschichtspolitischen Anliegen verfolgen (abgesehen vielleicht einmal vom »Unrecht« der Habsburger-Gesetze, das zu beseitigen einzelnen grünen Spitzenrepräsentanten ein inniges Anliegen war).

Und dennoch: Warum opponieren ausgerechnet die Grünen, die sich doch eine kritische Befassung mit Geschichte auf die Fahnen geschrieben haben, so vehement gegen das Haus der Geschichte? Zu vermuten steht zweierlei: Erstens, dass es sich um ein Anliegen handelt, das innerparteilich nur von einem verschwindenden Personenkreis überhaupt verfolgt wird (im Wesentlichen von den Nationalratsabgeordneten Harald Walser und Justizsprecher Albert Steinhauser); und zweitens, dass diese sich mit den am Tisch liegenden Vorschlägen inhaltlich schlicht nicht hinreichend befasst haben. Wie sonst wäre zu erklären, dass Walser verschiedentlich tatsächlich vor einer »Koalitionsgeschichtsschreibung« warnte, die in einem HGÖ zu befürchten sei, ganz so, als ob die inhaltliche Ausgestaltung »roten« und »schwarzen« Historikern obläge?

Wie ließe sich sonst auch der Einwand gegen das Projekt begründen, man brauche kein »Nationalmuseum«, das »Geschichte fest schreibt« und die eigene Vergangenheit in den lichtesten Farben darstelle. Wer so argumentiert, hat im besten Fall schlicht die Machbarkeitsstudie nicht gelesen, die Claudia Haas im Auftrag des Bundeskanzleramtes erstellt hat und die dem internationalen Beirat als verbindliche Grundlage zur Umsetzung des Projektes dient. Wenn es sich nicht um bloße Unwissenheit handeln sollte, verbleiben im Grunde zwei

Optionen: Die eine wäre, dass die Akteure einem radikalen Postmodernismus anhängen, für den kein Unterschied besteht zwischen Geschichtenerzählerei und Geschichtswissenschaft, der ergo Geschichte keinen weiteren Wert zumessen will als den der Legitimation. Vor einem solchen Hintergrund wäre die Auseinandersetzung mit Geschichte ausschließlich wertvoll, wenn sie dekonstruiert, statt historische Prozesse verständlich aufzubereiten. Aus einer solchen Haltung heraus, wäre auch die Abneigung gegen jede Form der Musealisierung von Zeitgeschichte verständlich, freilich hat sich der Fachdiskurs seit den 1970ern ziemlich entscheidend weiter entwickelt, innerhalb der Geschichtswissenschaft darf ein dergestalter Postmodernismus inzwischen getrost als fundamentalistische Orchideenposition gelten.

Die letzte verbleibende Erklärungsvariante für die grüne Ablehnung des Hauses der Geschichte wäre die Erkenntnis, dass tatsächlich nicht inhaltliche Meinungsverschiedenheiten, sondern persönliche Animositäten zwischen einzelnen handelnden Personen der springende Punkt sind. Nicht auszuschließen, gleichwohl aber doch die unwahrscheinlichste aller Varianten, zumal sowohl Walser und Steinhauser hüben, als auch Oliver Rathkolb drüben in der Vergangenheit vielfach inhaltliche Kompetenz mit Professionalität und persönlicher Integrität verbanden.

UMSETZUNG IN GEFAHR?

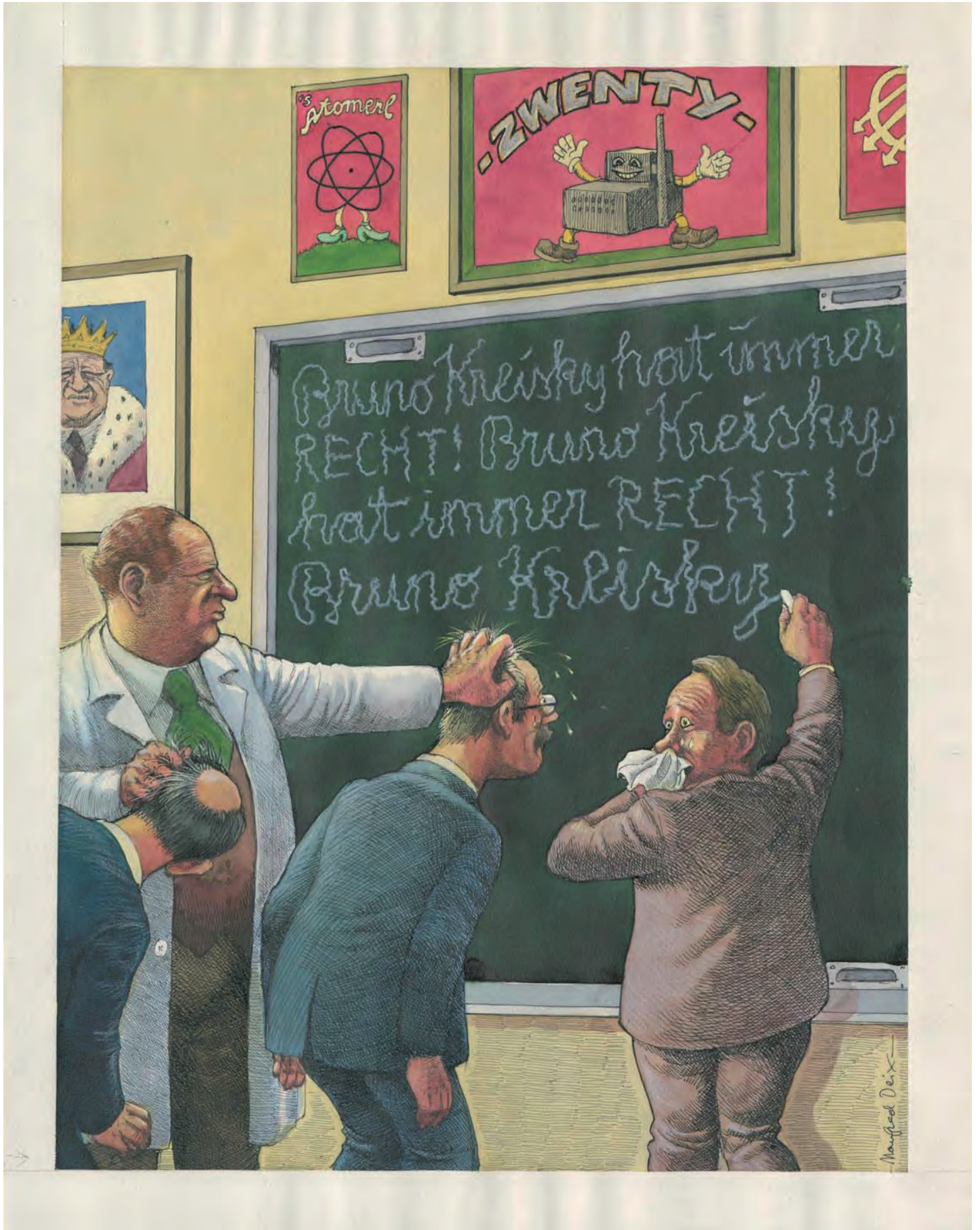
Das Haus der Geschichte ist Teil des Koalitionsabkommens, wurde – besonders auf Betreiben des ehemaligen Kulturministers Josef Ostermeier – erfolgreich budgetiert und wäre damit im April diesen Jahres in die Phase der Umsetzung getreten. Wenn das Vorhaben nun trotz aller genommenen Hürden doch noch scheitern sollte (und derzeit sieht es leider so aus), dann wäre die letztlich ausschlaggebende Ursache dafür aber weder beim politischen Gegner zu suchen, noch auf inhaltliche Vorbehalte gegen das Projekt zurück zu führen. Vielmehr wäre das ein Verdienst der Kulturbranche, die aus Angst vor einer Kürzung der eigenen Subventionen seit Monaten gegen das Haus der Geschichte Sturm rennt.

Die allgemeine Unruhe wiederum hat die Ministerialbürokratie aufgeschreckt, die ihrerseits zwar ausschließlich für die Umsetzung politischer Entscheidungen zuständig wäre, deren Macht aber gerade dann am größten ist, wenn neue MinisterInnen in die Ressorts einziehen. Und eben dieser Einfluss wurde und wird derzeit geltend gemacht, um allzu große Umschichtungen des Kulturbudgets, wie sie zur Ver-

wirklichung eines Hauses der Geschichte zweifellos notwendig wären, zu verhindern. Was bliebe, wenn das Haus der Geschichte scheiterte? Eine enorme inhaltlich-didaktische Lücke, sicherlich. Eine düpierte wissenschaftliche Projektleitung. Ein feixender Koalitionspartner, dem man zur Abwechslung einmal etwas abgerungen hätte, um es dann auf der Zielgerade in den Gully zu treten. Friede an den Trögen der Kulturförderung und damit verbunden Entspannung in den Reihen der zuständigen Bürokrateile. Vor allem aber die Frage, wie ernst sozialdemokratischer Gestaltungsanspruch gemeint sein kann, wenn er selbst in solchen vergleichweisen Lappalien so jämmerlich scheitert. 🍷

FLORIAN WENNINGER

ist Historiker und arbeitet am Institut
für Zeitgeschichte der Universität Wien.



Manfred Deix
Bruno Kreisky hat immer recht!, 2. Hälfte der 1970er-Jahre, Landessammlungen Niederösterreich, © Manfred Deix, 2016

FÜR IMMER DEIX!

Eine neue exquisite Auswahl von rund 80 Zeichnungen, darunter Klassiker aus der Sammlung des Landes Niederösterreich sowie bisher zum Teil noch nie ausgestellte Arbeiten aus dem exklusiven Privatbesitz des Künstlers, werden in der Schau vorgestellt. Zwei echte Highlights aus dem Kosmos von Manfred Deix erleben dabei ihre Premiere: Erstmals präsentiert wird die Installation Das Deix'sche Aquarium. Es ist allgemein bekannt, dass Manfred Deix Katzen über alles liebte, auch galt er als Beschützer von Problembär Bruno und als Retter geschundener Hunderln. Ein wahrer Tierfreund eben. Aber Deix war auch Entdecker bisher unbekannter Fischarten mit recht klingenden Namen. In der Ausstellung können die BesucherInnen mit den eigenwilligen Geschöpfen auf Tuchfühlung gehen und tief in die Deix'sche Fischkunde eintauchen. So trifft man hier auf den steierischen Stäbchenstöhr, den finnischen Ferkelflosser, den katalanischen Katzenkarpfen oder den bengalischen Busenbarsch. Auch neu sind die »Deix Blitzblätter« – ein flüchtiges Spiel mit dem Kohlestift, ohne Vorbereitung oder Vorskizzen. Die lustvollen Zeichnungen, die blitzschnell in wenigen Sekunden entstanden sind, zeigen Porträts aus dem reichhaltigen Repertoire an »Deix Figuren« voller Leichtigkeit und Humor.

Karikaturmuseum Krems, bis 16 Jänner 2017

www.karikaturmuseum.at



»KARIKATUR OHNE BISSIGKEIT, DRASTIK, SCHÄRFE ERGIBT FÜR MICH KEINEN SINN. MAN HAT MIR OFT GESCHMACKLOSIGKEIT UND BRUTALHUMOR VORGEWORFEN. WER DENN, WENN NICHT SATIRIKER, SOLL DIE DINGE BEIM NAMEN NENNEN?«

MANFRED DEIX



Die Freiheit, die sie meinen

Auf Vorschlag von Landeshauptmann Peter Kaiser soll bis zum nächsten Bundesparteitag ein inhaltlicher Katalog erstellt werden, der das Verhältnis zur FPÖ klarstellen und mögliche Kriterien für Kooperationen auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene angeben soll. Dieser Kriterienkatalog würde den Bundesparteitagsbeschluss von 2014, in dem sich die SPÖ »klar gegen eine Koalition mit der FPÖ auf allen politischen Ebenen« ausspricht, erneuern, präzisieren, ablösen oder aufheben. Zeit für eine ideologisch-strategische Selbstvergewisserung, meint Daniel Lehner.

Um als Partei und Bewegung gegen die FPÖ erfolgreich zu sein, braucht es eine Doppelstrategie: Voraussetzung ist eine klare Analyse und Zurückweisung ihrer Ideologie und Politik. Gleichzeitig muss das politisch-ideologische Terrain, auf dem die FPÖ agiert, ausgehebelt und verschoben werden, indem wir jene Problemlagen, für die die FPÖ mittels dumpfer Schlagwörter und falscher Antworten Identifikationsangebote bietet, emanzipatorisch – im Sinne einer sozialökologischen Transformation der herrschenden Macht- und Ungleichheitsverhältnisse – bearbeiten. Das Nein, d. h. unseren politischen Widerstand gegen freiheitliche Politik, braucht also auch ein Ja zu einer offensiven, eigenständigen Politik jenseits koalitionärer oder sozialpartnerschaftlicher Verhandlungsrunden. Es sind politische, ideologische und ökonomische Kämpfe um gesamtgesellschaftliche Hegemonie, die mutig, organisiert und voller Zuversicht zu führen sind. In der Folge soll anhand von fünf Ebenen die freiheitliche Politik näher beleuchtet werden. Danach skizziert der Text drei strategische Sackgassen samt möglicher Auswege, um mit einem Plädoyer für offensive Narrative zu schließen.

1. MOBILISIERTER SOZIALABBAU

Im Kern ist die FPÖ eine rassistische, maskulinistische Kaderpartei, die das liberal-demokratische Gefüge Österreichs autoritär umgestalten will. Ziel ist der Abbau und die Zerschlagung sozialer Wohlfahrtsstaatlichkeit, die Privatisierung öffentlicher Dienste bei gleichzeitigem Ausbau und der Militarisierung staatlicher Sicherheitsstrukturen. Die sozialen Verwüstungen, die ihre propagierte Vermarktlichung alles Sozialen anrichtet, sollen von Repression und nationalkonservativer Ideolo-

gie gekittet werden. Ein zynischer Rassismus und ein (Auf-)Treten »nach unten« für die einen, enthemmter Kapitalismus für die anderen, die oberen 50.000. Zusammengehalten von männerbündisch organisierten Rechtsextremisten, strebt die Partei die Etablierung einer post-liberalen politischen Ordnung an, wobei öffentlicher Druck über plebiszitär-autoritäre Bündnisse zwischen den eigenen Führungsfiguren und aggressiv mobilisierten Massen aufgebaut wird. Sie nennen es »Volk« – für sie ist es ein Mittel zum Zweck. Diese »direkte Demokratie« unterminiert langfristig nicht nur die Praktiken und Strukturen repräsentativer Demokratie (deliberative Verfahren, Parteien als Interessensbündel, eigene Zeitlichkeit, Verhandlungen), sondern impft der politischen Arena eine Dauererregung ein, gilt es doch in den ständigen Referenden und Abstimmungen Majoritäten zu organisieren. Am besten gegen Minderheitenrechte, am besten Arm in Arm mit dem Boulevard. Diese Methoden der FPÖ mögen rechtspopulistisch sein, das inhaltliche Ziel ist aber die Transformation kapitalistischer Staatlichkeit hin zu einem kultur-rassistisch grundierten Nachtwächterstaat. Ein Mix aus Orban, Seehofer, AKP und Le Pen, unterstützt von Putin und dekoriert mit dem »netten« Zynismus eines lächelnden Hofer: Nationalismus mit menschlichem Antlitz.

2. OPFERGEMEINSCHAFT

Methodisch etabliert die FPÖ eine narzisstische Opfergemeinschaft mit libidinöser Bindung an männliche Führungsfiguren. Verbal austeilen, politische GegnerInnen diffamieren und überall dort klagen und mit Klagsdrohungen einschüchtern, wo es möglich ist – und umgekehrt sich selbst klein machen und winselnd über »Ausgrenzung«¹ Mitleid bei der verunsich-

cherten sozialen Mittelschicht erheischen wollen. Die FPÖ ist inhaltlich diffus, aber gerade dadurch bleibt für jede Person ein inhaltlich akzeptabler Happen über: »Ich bin ja kein Anhänger von der FPÖ, aber da hat der Strache schon recht.« Nur die ständige Wiederholung von Slogans, Themen und medialen Eskalationen lässt diese sozialen Bindungen wirkmächtig werden. Politische GegnerInnen, zivilgesellschaftliche Initiativen, KünstlerInnen und Minderheiten werden regelmäßig mit Verachtung und Häme bedacht. Aber der rechte »strict father« (Lakoff) ist nicht nur streng und böse, nein, er distribuiert auch Anerkennung: Die männlichen Führungsfiguren der FPÖ verteilen von den gesicherten Bühnen herab Liebe und Verständnis auch an jene, die sich von einer herbeifantasierten »political correctness« in ihrem Sexismus/Rassismus bedroht fühlen, und versprechen auch solchen »Fans« Anerkennung, die in der enthemmten Markt- und Leistungsgesellschaft symbolisch oder ästhetisch nicht mitkommen oder nicht mitkönnen. Charisma statt Rechtsstaatlichkeit, Loyalität und richtige Herkunft statt sozialer Rechte. Ein gediegener Militarismus geht hier Hand in Hand mit einem plebisitären Neo-Autoritarismus.

3. EXKLUSIVE SOLIDARITÄT

Diese Politik schürt Ängste, sät Hass und Lügen und setzt rassistisch auf Ungleichheit und Abwertung. Wo gegen »Andere« gehetzt und organisiert wird, da entsteht ein gemeinsames, auserwähltes »Wir«. Es soll ein staatlicher Raum exklusiver, ethnisch-kultureller »Solidarität« hergestellt werden (z. B. getrennte Sozialversicherungssysteme für StaatsbürgerInnen und Drittstaatsangehörige), wobei als Gefahr (nach innen und außen) jene markiert und bestritten werden, die ebendiesen Raum – ein patriarchalisch-hierarchisch gegliedertes Idyll, wo jede Person harmonisch seinen Platz zugewiesen bekommt – bedrohen: KünstlerInnen, Kosmopoliten, FeministInnen und Intellektuelle. Reformuliert der außerparlamentarische Arm des Rechtsextremismus – die »Identitären« (Glösel et al. 2016) – ihren Neo-Faschismus als »Ethno-Pluralismus«, so versteht die FPÖ ihre Ausländer- und Menschenfeindlichkeit als »inländerfreundlich«. Dieser Rechtsextremismus ist adrett gekleidet und zeigt Verständnis, bleibt aber hart in der Sprache. Die einen in den Parlamenten, Wachzimmern und Richterstuben, die anderen auf der Straße und im Netz. Getrennt marschieren, vereint kämpfen. Das Ziel lautet Regierung.²

4. PSEUDO-REBELLION

Zugute kommt der FPÖ in ihrem Aufstieg ein sozialpartnerschaftlich gerahmter Krisenkorporatismus der sogenannten

großen Koalition, eine konsensgeschädigte politische Kultur, die politische Konfrontationen als »Streit« rezipiert, und ein historisches Duckmäsertum, in dem der Grant und die Erregung nur selten den Weg in fundierte Kritik finden. In diesem Setting kann sich die FPÖ über eine pseudorebellische Attitüde (Provokationen inkl. nachfolgender Distanzierung, symbolische Tabubrüche etc.) als einzige politische Opposition zu diesem »System«, wie sie es abfällig nennt, darstellen. Auch durch die Abwesenheit einer anti-elitären, linkspopulistischen Alternative hat die FPÖ als rechte Wahlbewegung ein Alleinstellungsmerkmal in der politischen Arena, wobei es aber gefährlich und strategisch falsch wäre, ihre Anhängerschaft als minderbemittelte Protestwählerschaft zu verstehen: Ihre WählerInnen wollen wirklich, »dass endlich etwas passiert«.

Sie sind für autoritäre Krisenbearbeitungen offen und erhoffen sich von einem neuen Regime relationale Statusgewinne (gegenüber Flüchtlingen, MindestsicherungsbezieherInnen, Drittstaatsangehörigen etc.), eine Restauration reaktionärer Männlichkeitsbilder, nationalstaatliche Grenzziehungen und eine ideologische Sicherheitszone, die vor Diversität, Unübersichtlichkeit, Unsicherheiten und mitunter einer internationalisierten Wirtschaft ethnisch-kulturell schützen soll. Es ist eine Pseudo-Rebellion – nicht umsonst affizierte Herbert Kickl zur Wiener Gemeinderatswahl 2015 »Oktoberrevolution«, unter Führungszeichen –, weil ihre Politik ebene keine befreienden, emanzipatorischen Momente beinhaltet oder gar Herrschaftsstrukturen demokratisieren will. Stattdessen sollen, umgekehrt, gerade die im bürgerlichen-kapitalistischen Staat angelegten autoritären Elemente gestärkt werden.

5. RE-SOUVERÄNISIERUNG

»Take Back Control«. Mit diesem Slogan war die britische Leave-Campaign beim Brexit-Referendum erfolgreich. Gerichtet einerseits gegen eine unterstellte Machtübernahme Brüssels und andererseits gegen Immigration und ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, appelliert der Slogan implizit auch an ein anders gelagertes Sicherheitsbedürfnis: Es geht auch um Sicherung und Absicherung des sozialen Status bei zunehmend prekarierten Arbeits- und Lebensverhältnissen angesichts spätkapitalistischer Verwüstungen regionaler Industrien und Wertschöpfungsketten. Dieser Ruf nach Stabilität und Kontrolle kann nur deshalb so erfolgreich sein, weil er die grassierende Angst vor sozialem Abstieg rassistisch wendet und – in diesem Fall – z. B. polnische ArbeiterInnen als Grund für mangelnde Chancen oder die Unterfinanzierung öffentlicher Dienstleistungen angibt. Ein regressiv gewendeter Protest in

und gegen die existierende »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey 2016) trifft hier einen nationalistischen Diskurs der Re-Souveränisierung nationaler und ethnischer Grenzen. Dieser soziale Nationalismus – egal ob in Britannien, Österreich oder Ungarn – etabliert eine Gemeinschaft auch unter jenen Personen, die von ihrer gesellschaftlichen Positionierung her sonst nur wenig gemein haben. Nur dadurch kann eine Eliten-Partei wie die FPÖ Unterstützung unter jenen Personen gewinnen, die sie gleichsam als »einfache Leute« kollektiv beleidigt und für ihre Interessen instrumentalisiert. Gearbeitet wird über Misstrauen, Verdacht, Häme, Paranoia, Verächtlichmachung und Verhöhnung, wobei ganz bewusst demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Normen delegitimiert werden sollen. Ein pop-kultureller »Trash-Faschismus« (Ulrich 2016) verrohter Bürgerlichkeit, der aber attraktive Angebote liefert: die Lizenz zum Hassen, ein Sich-einmal-Gehen-Lassen im Rudelrassismus, die Enthemmung kleinbürgerlicher Biederkeit, das lustvolle Brechen imaginierter Normen, die als »totalitäre« Übergriffe einer liberalen Bildungselite selbst konstruiert werden. Das wird man ja noch sagen dürfen.

SACKGASSEN UND AUSWEGE

Gegenüber einer solchen Politik ist die Flucht in moralische Entrüstung, bildungsbeffissene Ironie oder gar resignativen Opportunismus nicht nur falsch, sondern letztlich kontraproduktiv. Man wähnt sich in der liberalen Vernunft, blickt runter auf »die Unterschicht« mit ihren Rechtschreibfehlern und verlangt nach Bildungsreformen. Was an sich politisch wäre, gerät in dieser (1) **linksliberalen Antwort** auf die FPÖ zu einer Pädagogisierung politischer Auseinandersetzungen. Man zeigt mit Fingern, echauffiert sich im Wellentakt freiheitlicher Provokationen (Taktstock Kickl) um im selben Atemzug im Lichte eines bürgerlichen Klassendünkels nach einer Einhegung und Normalisierung der »rassistischen Prolos« zu rufen. Nicht nur übersieht dieses Vertrauen in (die eigene) Vernunft und dialogische Aufklärung die Emotionalität des Wutbürgerturns. Dieser pädagogisierende Zugang schlägt auch oftmals um in eine Verachtung der populären Klassen.

Man wundert sich zwar, wie die FPÖ über Jahrzehnte in traditionelle Milieus der ArbeiterInnenklasse einbrechen konnte, übersieht aber, dass die eigene Überheblichkeit diese rechten Hegemonie stabilisiert, ist es doch für die FPÖ ein leichtes über abfällige Bemerkungen – Norbert Hofer z. B. diffamiert UnterstützerInnen Van der Bellens als »Hautevolee« – eine Allianz mit ökonomisch und sozial abgehängten Gruppen zu schmieden. Natürlich schleimen die sich ein, aber der Schleim ist

wirksam. Was tun? Auf inhaltliche Distanzierung gehen darf nicht heißen, auf Distanz zu den Leuten gehen. Diese haben den Paternalismus der »staatstragenden Parteien« bis oben hin satt. Stattdessen sind Konfrontationen mit dem aktuellen Geldadel und seinen feudalen Verhältnissen zu suchen, was die vertikale Auseinandersetzung zwischen dem »Oben« und dem »Unten« wieder zurechtrücken wird. Es sind politische Kämpfe, da braucht es unsere körperliche, emotionale Involvierung und nicht nur das Ringen um Argumentationen. Wir müssen uns schmutzig machen: Nicht im Sinne eines Heruntersteigens vom Thron der reinen, linksliberalen Vernunft, sondern im Sinne einer Betonung, dass unsere Politik als organisierte ArbeiterInnenbewegung immer schon schmutzig war und ist.

Anstatt also moralisierend über die bösen Populisten zu schimpfen, gilt es umgekehrt, selbst populär und popularisierend zu werden. Linke Zugänge sind und können auch einfach sein: Demokratie, Freiheit, Gleichheit für alle und durch alle. Wir müssen die existierenden Mehrheiten für den Sozialstaat oder für Vermögenssteuern in den politischen Arenen machtvoll repräsentieren – unverschämt, organisiert und ohne immer auf die kulturellen und kommunikativen Codes der linksliberalen und bürgerlichen Zirkel Rücksicht zu nehmen.

Die zweite Antwort auf die FPÖ lautet Unterwerfung. Nach jeder Wahlniederlage der letzten Jahre wurde von manchen eine sogenannte (2) **Rot-Blau-Debatte** angestrengt. Eine potentielle Koalition könne als strategischer Joker gegenüber der ÖVP dienen – so die zynisch-instrumentelle Variante. Eine Koalition mit der FPÖ würde am Boulevard und bei WählerInnen gut ankommen – so die geschichts- und empirievergesessene Variante. Eine Öffnung zur FPÖ würde nachträglich den eigenen Bruch mit dem Bundesparteitagsbeschluss legitimieren – so die burgenländische Variante. Mitnichten. Das Setzen auf Blau-Rot ist die resignative Nicht-Strategie von Verlierern, die die hegemoniale Diskursposition der Rechten zur Kenntnis nimmt, in dieser Kenntnisnahme nochmals bestärkt und sich ihr gegenüber unterwürfig positioniert, um nicht völlig aus den Staatsapparaten verdrängt zu werden.

Wenn es um Posten geht, wird plötzlich staatstragend, was die Partei spalten und zu Grabe tragen würde. Auch die Rede, man müsse die Rechten nur regieren lassen, die Mühen der Ebene würde diese »entzaubern«: falsch und gefährlich. Die aktuellen FPÖ-Kader sind viel intelligenter und gefährlicher als es Jörg Haiders Buberlpartie je war. Diese Antwort – eher ein

defensiver Rückzug – vermeint fälschlicherweise, dass man mit der FPÖ mehr »Soziales« durchsetzen könne, wiewohl nie ausgeführt wird, worin dieses bestünde, wehrt sich doch die FPÖ gegen Reichensteuern, unterstützt die europäische Austeritätsagenda und greift ArbeitnehmerInnenrechte an (vgl. u.a. Neuhold 2016). Überdies spielt die »Rot-Blau«-Erzählung der FPÖ selbst in die Hände, inszeniert sich diese doch gerne als Vertreterin kleiner Männer, als »soziale Heimatpartei« und als legitime Nachfolgerin der ArbeiterInnenpartei SPÖ.

Anstatt nun einen gewerkschaftlich-rassistischen, blau-roten Regierungsblock zum »Schutz der Arbeitsmärkte« aufzubauen, braucht es eine konkrete Interessenspolitik für alle ArbeitnehmerInnen – unabhängig ihrer Herkunft, getragen von Internationalität und Gleichheit. Die Geschichte unserer Partei und Bewegung ist die Geschichte einer Selbstorganisation von MigrantInnen, erinnert sei an Victor Adler und die tschechischen ZiegelerbeiterInnen von Wien. Arbeit im Kapitalismus, ob Lohnarbeit oder unbezahlte Reproduktionsarbeit, ist immer der umkämpfte Widerspruch von Dynamik und Stabilisierung, Ausbeutung und Widerstand, Migration und Fixierung.

Umso wichtiger ist es, in Fragen von Migration, Inklusion, Zusammenleben und Teilhabe progressive Bilder zu entwickeln und die eigene, integrationspolitische Sprachlosigkeit der letzten Jahrzehnte zu überwinden. Viel zu oft wurde dieses Vakuum gleich durch die Übernahme rechter Konzepte gefüllt – womit einmal mehr das freiheitliche Geschäft betrieben wurde. Uns geht es um Zugänge, Möglichkeiten, Ressourcen, Teilhabe und Demokratie – nicht um individualisierte Repression und Beschämung (z.B. »Integrationsunwilligkeit«). Gerade im integrationspolitischen Politikfeld, zentral für die Zukunft des Landes und seiner Bevölkerung, müssen wir eine stolze Position der Stärke aufbauen, Hegemonie erlangen, Souveränität entwickeln, den Diskurs vorgeben und so politische Gegner zu Zugeständnissen zwingen. Wiederum gilt: Positive Politik machen und nicht Verzweiflung, Ressentiments und Ängste bedienen.

Die dritte Antwort auf die FPÖ dockt an der ersten an und verharrt in einem (3) **ängstlich-plakativen Nein**: Als ob ein durchgestrichenes Rot-Blau als Facebook-Profilbild eine politische Strategie ersetzen könnte. Moralisierung ersetzt Organisation und Bekenntnis ersetzt Analyse. Die FPÖ ist gefährlich, ja, aber die ständige Warnungen vor ihr, das Angst-Machen vor »Blau-Schwarz« verdoppelt auf perfide Weise die

Angstpolitik der FPÖ selbst, beruht deren Erfolg ja gerade auf den dialektischen Zusammenspiel von Angst und repressiver Sicherheit: Nur wer ständig Angst vor Kriminalität, Schutzsuchenden und Nachbarn vermengt und diese verbreitet, kann sein rechtsautoritäres Staatsprojekt legitimieren. Diese reaktive, sozialdemokratische »Angst vor der Angst« (vgl. Badiou 2008) überlässt wiederum der Rechten die Diskurshegemonie und schreibt ihnen unnötigerweise Stärke zu.

Gegen eine Politik der Angst zu sein, für eine Politik der Hoffnung zu kämpfen (vgl. ISM 2016) heißt nun aber auch, nicht ständig von der Angst und der Hoffnung zu sprechen, sondern letztere über Taten und Ideen zu verbreiten. Natürlich mobilisiert das plakative Nein zur FPÖ oder zu einem zukünftigen blau-schwarzen Aufguss der Schlüssel'schen Reformagenda. Aber nachhaltiger gewinnt unsere Bewegung an Stärke und Zuversicht, wenn wir das Ja zu einer solidarischen, gleichen, gerechten und freien Gesellschaft beherzt formulieren und dieses Ja in konkrete Projekte gießen und notfalls auf der Straße einfordern: Ziel bleibt die gemeinsame Organisation einer schönen und guten Zukunft für alle.

Das »Schauspiel der Zukunftsvergessenheit« (Bundeskanzler Christian Kern) ist zu beenden, dem Pragmatismus des Elends aufzukündigen. Geschichte ist machbar und der Schlüssel dazu ist die Umgestaltung und Demokratisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Ungerechtigkeiten aufzeigen, Ungleichheiten angreifen und der »Ideologie der Ungleichwertigkeit« entgegentreten. Mehr Enthusiasmus also. Dann wird das Nein ein selbstverständlicher Teil vom Ja, ohne stets extra betont werden zu müssen. Gegen Hass, Hetze und Angstpolitik aufzutreten meint nun nicht, in ein Politikverständnis zu kippen, das sich friedfertig um ein harmonisches Toleranzlagerfeuer scharrt. Es braucht weniger liberale Toleranz, mehr egalitäre Involvierung. Unsere politischen GegnerInnen müssen dabei benannt und als ebensolche markiert werden. Die Konfrontationslinien verlaufen mannigfaltig: Unten vs. Oben, Mut vs. Wut, Arbeit vs. Kapital, Geschlechterdemokratie vs. Patriarchat und Zukunft vs. Reaktion.

OFFENSIVE NARRATIVE

Wir haben in Europa mit einer Internationale des Autoritarismus zu kämpfen, innerhalb derer Rechte verschiedenster Nationalstaaten sich gegenseitig zum Vorbild nehmen und wechselseitig bestärken, während die sozialdemokratischen Parteien überall dort ihrem jeweiligen Abgrund zusteuern, wo sie Austeritätspolitiken und den neoliberalen Standortwettbewerb

mit einem sozialliberalem Gewissen (mit-)exekutieren. Die Stärke der Rechten ist immer auch ein Versagen der Linken. Überall dort, wo die organisierte ArbeiterInnenbewegung zu zaghaft voranschreitet, sich resignativ an den liberal-konservativen Mainstream angepasst oder sich von der Vorstellung einer besseren Zukunft verabschiedet hat, füllen reaktionäre Kräfte dieses Vakuum. In dieser gefährlichen Situation braucht es offensive Narrative, Mobilisierungen und konkrete politische Praxisangebote auf Basis unseres Wertehorizonts.

Es geht um die Schaffung von sozialen Sicherheiten, sinnvolle Lohnarbeit, konkrete Unterstützung, soziale Anerkennung und die Herstellung inklusiver Gemeinschaften, die Freiräume schaffen und verschnauften lassen. Systemischen Unsicherheiten, prekarierten Erschöpfungszuständen und grassierendem Wettbewerbsfetisch begegnen wir mit solidarischen Räumen der Kooperation und der Entwicklung sozial-, ökologisch- und geschlechtergerechter Produktions- und Reproduktionsweisen. Schlicht, der Durchsetzung sozialer Demokratie.

Unser Ziel sollte nicht nur die Verteidigung von erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften gegen neokonservative / neoliberale Angriffe sein. In die Offensive gehen heißt: Bildung, Wohnen, Lohnarbeit, Kultur, Gesundheit, etc. als konkrete Politik-, Aufgaben- und Kampffelder anzugehen und dort gemeinsam unseren ideologischen Horizont (freie Gleichheit, gleiche Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit) praktisch werden zu lassen. Dann stellt sich die innerparteiliche Gretchenfrage – Nun sag, wie hast du's mit der FPÖ? – schlichtweg nicht mehr in dieser Vehemenz, weil durch wiedergewonnene Stärke, ideologische Selbstverständigung und einen offensiven Führungsanspruch als Partei und Bewegung wir es sind, die die richtigen Fragen vorgeben bzw. vorantreiben und wir es sind, die die richtigen Antworten auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft haben.



LITERATUR

Badiou, Alain (2008): Wofür steht der Name Sarkozy? Berlin: Diaphanes. | **Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha; Bruns, Julian** (2016): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 2. akt. und erw. Auflage. Münster: Unrast. | **ISM-Institut für Sozialisches Moderne** (2016): Mit der Demokratie neu beginnen. Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung. Berlin. | **Nachtwey, Oliver** (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp. | **Neuhold, Clemens** (2016): Der Klassenkampf macht bei der FPÖ blau. Profil 06/2016 | **Ulrich, Bernd** (2016): Sieg der neuen Autoritären. ZeitOnline. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/oesterreich-wahl-norbert-hofer-fpoe-erfolg>

1. Das ist genau der Grund, warum die FPÖ die sozialdemokratische Abgrenzung von ihrer Politik als Ausgrenzung re-codiert. Nur dadurch kann sie die Forderung erheben, die SPÖ möge sich »öffnen«. Falsch: Übernimmt man diesen Ausgrenzungs-Öffnungs-Frame, ist man schon in die freiheitliche Diskursfalle getappt. Strategisch besser: Die FPÖ muss sich im Kern verändern und ihre rechtsextremen Umtriebe und Figuren abstellen, erst dann könne überhaupt einmal über mögliche Kooperationen diskutiert werden. Das verschiebt den Fokus weg vom »Ausgrenzungsoffer« hin zu inhaltlichen Problemen und versetzt die SPÖ gleichzeitig in eine Position der Stärke, wodurch sich die anderen nach ihr zu richten haben.
2. Unübersehbar, dass Teile der ÖVP ein solch blau-schwarzes Regierungsprojekt in den letzten Jahren diskursiv aufbereiten, in Richtung Österreich als »rassistischen Wettbewerbsstaat«. Die Konturen dieser Reformregierung zeichnen sich schon ab: ein degenerierter Leistungsbegriff dient zur Abwertung und Aushebelung sozialstaatlicher Leistungen; eine exportorientierte Mobilisierung vom »Standort Österreich« wird garniert mit einer grenztechnischen Abwehr von Schutzsuchenden; für die einen gibt es Lohnnebenkostensenkung und Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte, für die anderen einen rassistischen Innenminister; für die einen mehr »Wettbewerbsfähigkeit«, für die anderen ethnisierte Werte und eine Kultur der Ausgrenzung.

DANIEL LEHNER

ist parlamentarischer Mitarbeiter und im BSA Ottakring aktiv.



Manfred Deix

Grazer Bürgerwehr, 2002, Landessammlungen Niederösterreich, Foto: Christoph Fuchs, © Manfred Deix, 2016

Zur sozialen Topografie eines Wahlergebnisses

Trotz der durch den VfGH-Entscheid notwendig gewordenen Wiederholung der Stichwahl ermöglicht der Ausgang der ersten Stichwahl für Wolfgang Edelmüller gerade für die Sozialdemokratie wichtige politische Erkenntnisse: Während sich eine rechte ÖVP-FPÖ-Mehrheit als keineswegs zwangsläufig erwiesen hat, zeigen die sozialen Spaltungslinien der WählerInnenenschaft und deren Parallelen zum Ergebnis der Brexit-Abstimmung, wie sehr die Auswirkungen neoliberaler Politik den Rechtspopulismus begünstigen. Statt WählerInnenbeschimpfung tut für die Sozialdemokratie eine radikale Umsetzung einer anderen Wirtschaftspolitik Not.

Das knappe Ergebnis der ersten Stichwahl zum Bundespräsidenten hat dem Bild einer gespaltenen Gesellschaft zu spontaner Kenntlichkeit verholfen. Zwar konnte der vorgeblich unabhängige Grünpolitiker Alexander van der Bellen mit Hilfe einer breiten WählerInnenallianz und dem starken Motiv, einen Wahlsieg seines Gegenkandidaten zu verhindern, die Stimmenmehrheit für sich verbuchen. Aber Norbert Hofer ist als deklariertes FPÖ-Parteikandidat mit einem prononciert freiheitlichen Wahlprogramm, das alle Versatzstücke des Rechtspopulismus österreichischer Provenienz aufgeboten und den präsidialen Autoritarismus der 1929er-Verfassung bemüht hat, mit nur geringem Stimmenabstand zum Wahlsieger durchs Ziel gegangen.

Der FPÖ ist zumindest nach dem ersten Stichwahlergebnis der institutionelle Durchbruch ins höchste Amt des Staates verwehrt und der Republik das staatskrisenanfällige Eventualverhalten eines freiheitlichen Bundespräsidenten mit Neigungen zum »Visegrad-Anschluss« erspart geblieben. Auch die sogenannte »strukturelle Rechtslastigkeit« des österreichischen Elektorats, die eine notorische ÖVP-FPÖ-Mehrheit behauptet, hat sich bei dieser zugespitzten und weichenstellenden Richtungsentscheidung mit relativ hoher Wahlbeteiligung als Mär erwiesen. Aber ebenso unübersehbar ist die soziale Topografie dieses Wahlergebnisses, mit der sich vor allem die Sozialdemokratie auseinandersetzen müssen, auch wenn der Verfassungsgerichtshof aus Präventionsgründen gegen potenzielle Manipulation und unzulässige Wahlbeeinflussung, die nicht nachgewiesen werden konnten, eine Wahlwiederholung an-

geordnet hat, was unter neuen Einflussfaktoren auch zu einem abweichenden Ergebnis führen kann.

ES GIBT KEINEN »WÄHLERINNENMARKT«, Sondern Soziale Spaltung

Das augenscheinliche Spaltungsbild des Wahlergebnisses wurde mit ängstlicher Eilfertigkeit als Zeichen der WählerInnenmobilität und der schwindenden Parteienbindungen camouffiert, obwohl die gesellschaftliche Spaltung entlang ökonomisch determinierter Klassenstrukturen ein nicht gar so überraschendes Wesensmerkmal des liberalen Kapitalismus darstellt, das in politischen Demokratien eben auch seinen spezifischen Niederschlag im Wahlverhalten findet. In der Technokratenrede ist vom »beweglichen WählerInnenmarkt« die Rede, weil »Markt« als neoliberales Grundgeräusch immer und überall sein muss, auch dort, wo es nicht einmal metaphorisch Sinn macht, wenn man sich die wirtschaftlichen Funktionsmechanismen von Märkten konkret vorstellt.

Und weil der demokratische Prozess einer Wahl kein individueller Tauschhandel ist (nicht einmal im Stil eines Futures: Mandatserteilung gegen Wahlversprechen), sondern die kollektive Manifestation einer politischen Willensbekundung zur Mandatsermächtigung. Daher spiegelt dieses in vielerlei Hinsicht scharf abgrenzbare und ziemlich paritätische Wahlergebnis auch die wachsende soziale Ungleichheit in der österreichischen Gesellschaft wieder. Man sollte es daher weder als momentane, marktformige Wahlhandlung noch lieblich als die zwei Hälften »unseres schönen Österreich« zu behübschen versuchen. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozial-

politik hat auch hierzulande durch ihre Deprivations- und Bedrohungseffekte den Boden für den Rechtspopulismus bereitet und in weiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung neue Parteienbindungen unterschiedlicher Art an die rechte »Antisystempartei« FPÖ gefördert, die man nicht einfach als transitorisches Protestverhalten an den Wahlurnen kleinreden kann. Denn wie anders wäre es beispielsweise erklärbar, dass die WählerInnengruppe der »Arbeiter« von Wahl zu Wahl mit einem steigenden Prozentsatz ihre Stimmen der FPÖ zuerkennt bis zu den erschütternden 86 Prozent (Pensionisten: 53 Prozent) für Norbert Hofer in der Stichwahl zum Bundespräsidenten. Wenn ArbeiterInnen aller Altersgruppen mit wachsender Beständigkeit eine Partei wie die FPÖ wählen, die der sozialen Präkarisierung der manuellen Arbeit nichts, aber auch schon gar nichts außer Dünkel, Vorurteil, Sozialneid und Fremdenhass entgegenstellen kann, dann muss die SPÖ ihre Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf den Prüfstand stellen, will sie die ArbeiterInnenschaft nicht endgültig dem Rechtspopulismus ausliefern. Nachfolgend ein Erklärungsversuch.

DER RÜCKBAU DES PARTIZIPATORISCHEN SOZIALSTAATS

Wir kennen den modernen Sozialstaat in drei unterschiedlichen Ausprägungen: den armutsverwaltenden Sozialstaat, den umverteilungsorientierten Sozialstaat und den partizipatorischen Wohlfahrtsstaat. Der armutsverwaltende Sozialstaat bietet in aller Regel eine sozialpolitische Sicherungsschranke gegen akute Verelendung aus nicht beeinflussbaren Ursachen, überlässt aber die wirtschaftliche Emanzipation aus der Armut dem individuellen Antrieb, weil die Verteilung der primären »Markteinkommen« (Löhne, Gehälter, Gewinne, Kapitalerträge) weitgehend unangetastet bleibt. Dieser Sozialstaat, der mit den Mitteln von tief angesetzten Mindestsicherungsmaßnahmen (negative Einkommenssteuer, subventionierte Löhne, Ausgleichszulagen, Grundeinkommen, »food stamps«, steuerliche Spendenbegünstigung für karitative Hilfsaktionen, staatliche Förderung von wohltätigen Privatinitiativen, usw.) die Armut bloß verwaltet, ohne sie zu beseitigen, entspricht den neoliberalen Vorstellungen.

Denn das utilitaristische Vorteilskalkül (»pleasures and pains«), das die neoliberale Ideologie beherrscht, wird als wesenstypisch für den rational handelnden Menschen imaginiert, weshalb die bedrückende Empfindung drohender oder manifester Armut als Ansporn für das wirtschaftliche Bemühen jeder/s Einzelnen erscheint, ihre/seine Wettbewerbsfähigkeit

auf den jeweiligen Märkten (die »Humankapitalmärkte« mit eingeschlossen) eigenverantwortlich zu entwickeln. In den Verbreitungsgebieten des liberalen Kapitalismus (USA, Schwellenländer, postkommunistische Transformationsländer, mediterrane EU-Krisenländer, usw.) ist folgerichtig diese Art von Sozialstaat vorherrschend. Der Einfluss auf den wirtschaftlichen Kreislauf bleibt gering, die Wertschöpfungs- und Verteilungsprozesse werden von den Märkten und ihren Machtstrukturen gesteuert. Krasse und festgefügte Ungleichheiten sowie ein ausgedehnter sozialer Gefährdungsbereich bis hin zu drückender Armut dominieren die Gesellschaft.

Der verteilungsorientierte Sozialstaat überlässt zwar die Entwicklung der Primäreinkommen den MarktakteurInnen, verändert aber über sein Steuer-, Abgaben- und Transfersystem die Verteilung der verfügbaren Einkommen. Die staatlichen Transferleistungen orientieren sich stark am sozialen Versicherungsprinzip. Durch die sekundäre Umverteilungswirkung werden die krassen Ungleichheiten der Primäreinkommensverteilung tendenziell ausgeglichen, sodass der Verarmung im Niedrigeinkommenssektors deutliche Grenzen gesetzt werden. Ergänzt werden die sozialstaatlichen Ausgleichseffekte der Sekundäreinkommensverteilung durch das Angebot öffentlicher Güter und Dienstleistungen mit niedrigen Zugangsschwellen vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Altersversorgungsbereich, sodass die Einkommensverwendung einen höheren Grad an individuellen Präferenzen bis hin zur Vermögensbildung zulässt. In den zentral- und westeuropäischen Verbreitungsgebieten der »sozialen Marktwirtschaft« ist diese Art von Sozialstaat vorherrschend. Empirische Studien bescheinigen beispielsweise dem österreichischen Sozialstaat eine ausgeprägte Umverteilungseffektivität. Der Einfluss auf den wirtschaftlichen Kreislauf ist signifikant, der soziale Einkommensausgleich trägt zur Stabilisierung der Gesamtnachfrage bei, fördert dadurch die Beschäftigungsentwicklung und erhöht die Krisenresistenz der Volkswirtschaft.

Der partizipatorische Wohlfahrtsstaat beeinflusst die Verteilung der Primäreinkommen, indem gegen die autonomen Machtstrukturen der Märkte, insbesondere der Arbeits- und Bedarfsmärkte, eine systematische Ermächtigung der großen Masse der MarktteilnehmerInnen, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, betrieben wird. Die Zielrichtung ist nicht nur Mindestsicherung und Einkommensausgleich, sondern Partizipation an der wirtschaftlichen Wohlfahrtsentwicklung der Gesellschaft auf hohem Gleichheitsniveau, um die Freiheit der individuellen Lebensgestaltung durch konsequente Teilnahme

am Arbeits- und Wertschöpfungsprozess sowie eine gesicherte Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen zu fördern. Starke Gewerkschaften, Vollbeschäftigungspolitik und ein differenziertes Spektrum egalitär zugänglicher öffentlicher Güter und Dienstleistungen sind die instrumentelle Basis des Wohlfahrtsstaats. Die Arbeitsmärkte sind durch intensive öffentliche Bildungsförderung ohne soziale Barrieren, eine hohe gewerkschaftliche Organisationsdichte und eine qualifikationsgetriebene Produktivitätsdynamik geprägt, die der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit einen wertschöpfungsgerechten Anteil am Volkseinkommen sichert und die personalen Verteilungsabweichungen der Arbeitseinkommen in sozialverträglichen Grenzen hält.

Die Bedarfsmärkte (wie beispielsweise der Wohnungsmarkt) werden durch soziale Regulierungsschranken gesteuert, um der preisinflationären Abschöpfung der lohnabhängigen Primäreinkommen durch Versorgungsknappheit entgegenzuwirken. Im Unterschied zu den Finanzmärkten werden die Gütermärkte deutlich weniger reguliert, sodass sich eine innovative Unternehmerwirtschaft entfalten kann. Der Staat sorgt um den Preis einer erhöhten, steuerprogressiv eingehobenen Abgabenquote für Finanzierungssicherheit des Wohlfahrtsystems und verstetigt durch eine koordinierte Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik den Vollbeschäftigungspfad der Volkswirtschaft. Der wirtschaftliche Kreislauf wird von den wohlfahrtsstaatlichen Strukturen gelenkt und angeregt. In den skandinavischen Verbreitungsgebieten des Wohlfahrtsstaates ist auf diese Weise ein dynamischer und krisenfester Sozialkapitalismus entstanden.

Der neoliberale Roll-Back des Sozial- und Wohlfahrtsstaats hat in EU-Europa durch den selbst auferlegten Zwang zur Austeritätspolitik eine sukzessive Erosion der sozialstaatlichen Leistungen und der Qualität der öffentlichen Güter bewirkt. Die permanente Verknappung der finanziellen Mittel und die gezielte Erschwerung des Zugangs zur sozialen Wohlfahrt haben einen graduellen Rückbau des sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Gefüges in Richtung des armutsverwaltenden Sozialstaats hervorgebracht. Die Grund- und Mindestsicherungsbereiche mit ihren rigorosen und freiheitseinschränkenden Zugangskriterien wurden deutlich ausgedehnt, die ausgleichende Umverteilungseffektivität des Abgaben- und Transfersystems durch Steuerprivilegien und Kürzungen der Sozialleistungen spürbar abgeschwächt und das öffentliche Dienstleistungsangebot durch Privatisierung verteuert oder durch Einsparungen quantitativ und qualitativ verringert.

Das soziale Versicherungsprinzip sowohl im Gesundheits- als auch im Altersversorgungsbereich leidet unter dem finanziellen Aufkommenschwund der Massenarbeitslosigkeit, dem Ausgabendruck durch wachsende Sonderleistungen für die armutsbedrohten Bevölkerungsschichten und der mangelnden politischen Bereitschaft zur Absicherung durch alternative Finanzierungsformen. Während das sozialstaatliche Leistungs-niveau auf diese Weise abgesenkt wird, steigt die soziale Bedürftigkeit wegen der wachsenden Dauerarbeitslosigkeit und der zunehmenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, beides neben den Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auch Folgen der wirtschaftspolitischen Fehlbehandlung der Finanz- und Wirtschaftskrise durch das EU-typische Austeritäts-Regime. Die neoliberale Transformation der »sozialen Marktwirtschaft« in Europa hat selbst dem robusten skandinavischen Wohlfahrtsstaat zugesetzt, die Grundfesten des mitteleuropäischen Sozialstaats merkbar erschüttert und in den mediterranen EU-Krisenländern, die das Purgatorium der staatlichen Spardiktate und sozialen Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung nach Art des »Brüsseler Konsenses« am intensivsten durchlaufen mussten, einen schwachen Rest von Sozialstaatlichkeit hinterlassen, der nicht einmal mehr die humanitären Elendssymptome der wirtschaftlichen Dauerkrise wirksam abwehren kann.

GESCHWÄCHTER SOZIALSTAAT KANN ALTE UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN IMMER WENIGER BEWÄLTIGEN

Österreich ist in der Ära der schwarz-blauen Koalition dem Trend der neoliberalen »Reformpolitik« gefolgt und hat massive sozialstaatliche Einschnitte vorgenommen. Die negativen Folgen der 2007 abrupt ausgebrochenen globalen Finanzmarktkrise und der daran anschließenden Großen Rezession samt der seither andauernden Stagnation wurden durch die sozialen Sicherungssysteme dennoch relativ gut abgefangen. Trotzdem oder gerade deswegen ist der finanziell geschwächte Sozialstaat, der weder der austeritätspolitischen Demontage wie in den südlichen Euro-Krisenländern noch den teils radikalen Einsparungen im skandinavischen Wohlfahrtsystem ausgesetzt war, in Bedrängnis geraten und kann immer weniger die krisenbedingt wachsende Beanspruchung bewältigen, zumal »Schuldenbremse« und restriktive Budgetpolitik mit dem widersinnigen und prozyklischen Ziel eines »strukturellen Nulldefizits« die Finanzierungsspielräume unnötigerweise einengen. Der Befund zur sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung, vor allem jenes Teils, der euphemistisch als »untere Mittelschicht« apostrophiert wird, ist daher durchaus alar-

mierend. Die Arbeitslosigkeit hat mit annähernd einer halben Million Arbeitssuchende bei steigender Langzeit- und hoher Jugendarbeitslosigkeit Nachkriegsrekord erreicht. Die deutlich zunehmende Arbeitsmarktkrise wird häufig mit der Beteuerung relativiert, dass gleichzeitig auch ein Beschäftigungsrekord zu verzeichnen sei. Das trifft allerdings nur nach der statistischen »head count«-Methode zu, jedoch nicht nach der einkommensrelevanten »full time equivalent«-Betrachtung. Demnach stagniert das Arbeitsangebot seit langem, wenn es auf Vollzeitarbeitsplätze umgerechnet wird. Und das kann auch niemanden verwundern, ist doch Österreich auch einer der Rekordhalter bei den atypischen Arbeitsverträgen, die bereits eine Quote von einem Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse (und bei Frauen sogar mehr als die Hälfte) umfasst. Hinter dieser Zahl verbirgt sich ein wachsendes freiwilliges oder unfreiwilliges Prekariat, das infolge von teilzeitbedingter Unterbeschäftigung oder von Qualifikationsmängeln über keine auskömmlichen Arbeitseinkommen verfügt. Diese »working poor« müssen entweder familiär abgesichert werden wie im Fall der freiwilligen Teilzeitarbeit oder sind auf Sozialtransfers zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen. Der Grad der Betroffenheit ist unter alleinerziehenden Frauen, minder qualifizierten Jugendlichen und älteren Arbeitssuchenden besonders hoch.

SOZIALE SPALTUNG HÄNGT »UNTERE MITTELSCHICHT« AB

Die Langzeitfolgen der konservativen Bildungsreformverweigerung haben inzwischen prägende Spuren im österreichischen Sozialgefüge hinterlassen. Auch die auszubildende Jugendgeneration ist scharf unterteilt in die eine Hälfte, die auf ihrem Bildungsweg die höhere Reife (AHS- oder BHS-Matura) erlangt und gute Voraussetzungen für die Bildungsfortsetzung oder den Arbeitsmarkteintritt mitbringt, und die andere Hälfte, die mit einem Pflichtschulabschluss und vielfach mangelhaften Grundkenntnissen oft ein halbes Leben lang um adäquate Qualifikationen und existenzsichernde Entlohnung kämpfen muss. Trotz der Vorzüge des dualen Ausbildungssystems ist es gerade dieses Jugendsegment, das die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die prekären Beschäftigungsverhältnisse und den ausgedehnten Niedrigeinkommensbereich alimentiert, wodurch sich die berufliche Chancenlosigkeit weiter Teile der »unteren Mittelschicht« verfestigt. Selbst ein solide finanziertes und gut organisiertes Arbeitsmarktservice kann das Bildungs- und Ausbildungsdefizit nicht beseitigen, den Lehrstellenmangel nicht kompensieren oder gar Arbeitsplätze vermitteln, die es wegen des krisenbedingt unzulänglichen

Arbeitsangebots ganz einfach nicht gibt. Es wird daher auch in Österreich längst der Skandal in Kauf genommen, dass »verlorene Generationen« mit oder ohne Migrationshintergrund entstehen, deren materielle Existenz dauerhaft von staatlichen Sozialleistungen abhängig ist und die ihr Mangelschicksal weitervererben. Die Statistik zu Armut und Armutsgefährdung fördert dieses soziale Desaster in nackten Zahlen zu Tage: 1,2 Millionen oder 14% der Bevölkerung sind armutsgefährdet, verfügen also über weniger als 60% des Medianeinkommens. Und ohne Berücksichtigung der sozialstaatlichen Ausgleichsleistungen (einschließlich Pensionen) würde sich dieser so definierte Armutsgefährdungsbereich auf 44% ausdehnen.

RECHTSPOPULISMUS: ENTLASTENDE GEFÜHL- ABFUHR FÜR IGNORIERTER SOZIALE PROBLEME

In den sozialen Milieus eines großen Teils der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der armutsgefährdeten »unteren Mittelschicht«, ist der materielle Druck und die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit dieser Entwicklung durch Eigen- oder Fremderfahrung im Beziehungsnetzwerk allgegenwärtig, auch wenn durch den Sozialstaat Armut und Armutsgefährdung noch immer wirksam begrenzt werden können. Und es wird aufmerksam und kritisch wahrgenommen, wie sehr der abgehobene neoliberale Diskurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den sozialstaatlichen Rettungsanker aus seiner Befestigung zu reißen versucht. Angst vor einer ungewissen Zukunft sowie Wut über ein Leben mit großen sozialen Unsicherheiten und geringen wirtschaftlichen Chancen bereiten den Boden für die politische Resonanz der Parolen des Rechtspopulismus, der in den Stereotypen seiner grotesken Feindbilder (der EU, den Zuwanderern, den Wirtschaftsflüchtlingen, dem Islam, den Sozialschmarotzern, den Altparteien, den Raffkes, den Politikern, der Schickeria, usw.) wenigstens ein Angebot für eine entlastende Gefühlsabfuhr unterbreitet. Und wenn die so verarbeitete soziale Misere lang genug dauert und die rechtspopulistischen Rattenfänger lang genug trommeln können, dann entstehen eben neue politische Bindungen selbst an eine Partei wie der FPÖ, die für die Konzeption einer gangbaren politischen Alternative genetisch ungeeignet ist. Aber es sind der wirtschaftspolitische Neoliberalismus und sein weit fortgeschrittenes soziales Zerstörungswerk, die den Weg für den Rechtspopulismus ebnen.

Die von Armut und Armutsgefährdung betroffenen WählerInnen sind vermutlich nicht die primären Zielgruppen der bürgerlichen Parteien, weder der ÖVP noch der Grünen und schon gar nicht der Neos, die allesamt ihr politisches Klientel


überwiegend aus den »gehobenen Mittelschichten« rekrutieren mit der Differenzierung, dass Grün- und Neos-WählerInnen stark in den urbanen Bildungsschichten verankert sind, während die ÖVP-WählerInnen zu einem höheren Anteil aus der Beamtschaft, den mittleren und leitenden Angestellten und den selbständigen (einschließlich bäuerlichen) Berufsgruppen kommen. Gemeinsam ist diesen WählerInnengruppen, dass sie materiell vergleichsweise gut abgesichert sind, deutlich geringere Arbeitslosigkeit aufweisen und daher den Armutsgefährdungsbereich erkennbar weniger tangieren. Aus dem Armutsgefährdungsbereich, wo sich die negativen Folgen der Massen-, Dauer- und Jugendarbeitslosigkeit sowie die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sozial verdichten, kommen potenziell sozialdemokratische WählerInnengruppen, die aber aus Enttäuschung und Wut über ihre fortwährende wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskriminierung zu NichtwählerInnen oder zu dauerhaften FPÖ-WählerInnen geworden sind.

SOZIALE TOPOGRAPHIE DES WAHLERGEBNISSES

Und dieser fatale Zustand lässt sich an den Detailergebnissen der ersten Stichwahl zum Bundespräsidenten geradezu topografisch verorten. Man braucht nur die Landes-, Bezirks-, Orts- und Sprengelergebnisse einer näheren Betrachtung unterziehen. Zum Beispiel folgt die Stimmenverteilung zwischen den Kandidaten sowohl den demografischen Ballungsunterschieden als auch der Arbeitslosigkeitsentwicklung in den regionalen Siedlungsgebieten. Alexander van der Bellen konnte in den urbanen Ballungsräumen, vor allem in den Landeshauptstädten und der Bundeshauptstadt, die als bevorzugte Siedlungsgebiete der »gehobenen Mittelschicht« gelten, trotz teilweise hoher Arbeitslosigkeit eindeutige Mehrheiten erzielen. Ebenso in den westlichen Bundesländern einschließlich Oberösterreich, wo die Arbeitslosigkeit zwischen 6 und 8 Prozent schwankt. In den südlichen und östlichen Bundesländern mit der Ausnahme von Wien, wo die Arbeitslosigkeit zwischen 10 und 13 Prozent deutlich über dem westlichen Bundesländerdurchschnitt liegt, hat Norbert Hofer die Wahl für sich entschieden. Auf Bezirks- und Wahlsprengelenebene werden die Korrelationen zwischen Wahlverhalten und lokaler Arbeitsmarktlage noch um einiges signifikanter. In den Bezirken mit der höchsten Arbeitslosigkeit, wie beispielsweise in Landeck/Tirol oder in Villach/Kärnten, hat der freiheitliche Kandidat mit großem Vorsprung gewonnen. Und besonders auffällig ist, dass in Wien in jenen östlichen und südöstlichen Flächenbezirken, in denen seit 2010 die Beschäftigungslosig-

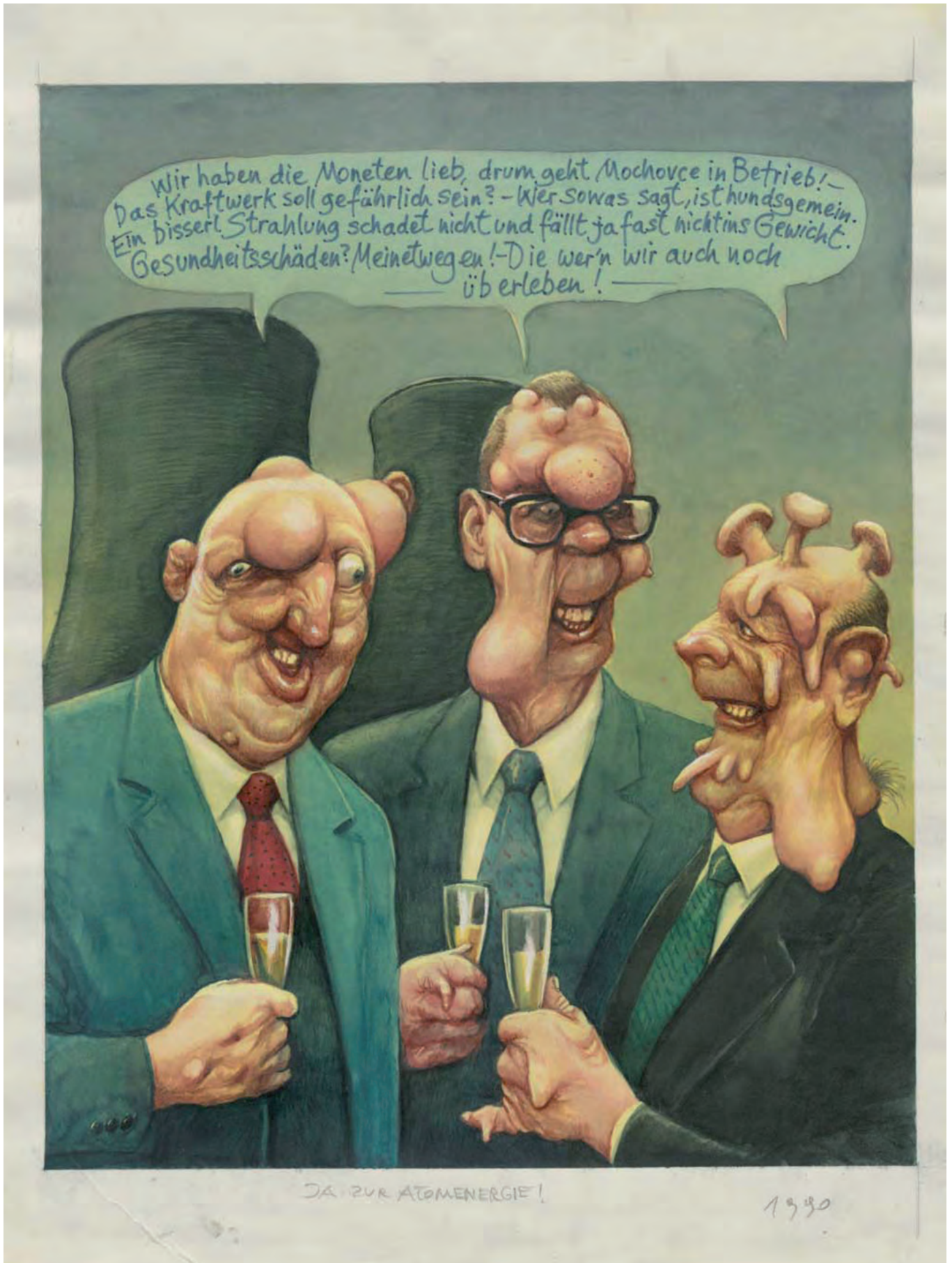
keit zwischen 60 und 100 Prozent zugenommen hat, die Häufigkeit der Sprengelergebnisse mit Hofer-Mehrheiten besonders ausgeprägt ist. Und das ist wahrscheinlich mit einer der Gründe für den nur knappen Gesamtergebnisvorsprung von Alexander van der Bellen. Es wäre lohnend, diesen augenscheinlichen Zusammenhang entlang der Arbeitslosigkeitsfolgen: Einkommensverlust, Prekarisierung, Sozialtransferabhängigkeit, Altersarmut und Bildungsdefizite zu konkretisieren und empirisch weiter zu erhärten.

ES BRAUCHT EINE LINKE ALTERNATIVE ZU NEOLIBERALISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

Der Neoliberalismus zerstört Europa. Seine erfahrungswidersprüchliche Ideologie und herrschaftszentrierte Wirtschaftspolitik erzeugen Massenarbeitslosigkeit, systematische Benachteiligungen der arbeitenden Bevölkerung, einen für den sozialen Gefährdungsbereich ruinösen Rückbau des Sozialstaats, Verarmungstendenzen und eine tiefe gesellschaftliche Spaltung. Auf diese Weise verhilft er dem Rechtspopulismus erst zu seinen Erfolgen. Mit dem verlorenen Referendum der EU-BefürworterInnen zum »Brexit«, das in seinen sozialen Tiefenschichten ähnliche Ursachen aufweist wie der politische Vormarsch der FPÖ in Österreich, steht erstmals der EU-Zusammenhalt auf dem Spiel. Für die SPÖ und die europäische Sozialdemokratie bedeutet das gleichgelagerte Herausforderungen, die nur bewältigt werden können, wenn eine konsequente Absage an den Neoliberalismus und seinen politischen Zuberlehrling, den Rechtspopulismus, erfolgt. Das erfordert eine europaweite Alternative in Gestalt eines linken Pragmatismus, dessen Konzepte nicht neu erfunden werden müssen, sondern mutig und entschlossen in Angriff genommen werden sollten. 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Banker und Ökonom, lebt in Wien und im Waldviertel.



Manfred Deix

Der Finanzausgleich als Chance

Mit dem **Finanzausgleich** werden die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geregelt. Aktuell laufen die Verhandlungen für die Nachfolgeregelung des Ende 2016 auslaufenden Finanzausgleichs. Andreas Höferl analysiert, welche Änderungen aus sozialdemokratischer und kommunalpolitischer Sicht wichtig wären und plädiert für eine Erweiterung des Verständnisses des Finanzausgleichs weg von einem reinen Finanzierungskraftausgleichs hin zu einer Neuverteilung von Aufgaben und Finanzmitteln.

Der Finanzausgleich ist ein kompliziertes, unüberschaubares Geflecht der Finanzierung diverser öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen geworden. Selbst Entscheidungsträger tun sich schwer, den Durch- und Überblick zu wahren. Ganz zu schweigen von den Bürgerinnen und Bürgern.

Und so ist auch nur wenigen bewusst, welche enormen Geldsummen mit ihm bewegt werden, welche Bedeutung er daher auch für die Volkswirtschaft hat, aber auch wie groß mittlerweile seine Reformnotwendigkeit ist. Denn im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ist mit jeder Finanzausgleichsverhandlung das Finanzierungsgeflecht weiter gewachsen, wodurch die wesentlichen Ziele und Prinzipien eines Finanzausgleichs immer mehr aus den Augen verloren wurden. Nämlich eine für Bevölkerung und Entscheidungsträger nachvollziehbare Aufgabenzuordnung und Finanzierungsverantwortung an die Gebietskörperschaften. Wer wo welche Kompetenzen und Zahlungsverpflichtungen hat, ist heute kaum noch nachvollziehbar. Und weil das System bereits so kompliziert ist, beschränken sich Änderungen lediglich auf einen mäßig wirkungsvollen Finanzkraftausgleich.

Ein Beispiel ist die vermischte Trägerschaft bzw. sind die Ko-Finanzierungen für die Pflichtschulen in Österreich. Die grundlegende Regelung erfolgt durch den Bund (Schulpflicht, Lehrinhalte, Schulorganisation, Anforderungen an die Gebäude und deren Ausstattung); die Verantwortlichkeit für den Bau und die Instandhaltung der Gebäude sowie für den laufenden Betrieb der Pflichtschulen liegt überwiegend bei den Gemeinden; die LehrerInnen wiederum werden meist

von den Ländern eingestellt – für die Bezahlung der LandeslehrerInnen kommt allerdings überwiegend der Bund im Weg von Transferzahlungen an die Länder auf.

Ein weiteres betrifft die Kindergärten: die meist von den Gemeinden betriebenen Kindergärten werden vom jeweiligen Bundesland in unterschiedlichem Ausmaß und über verschiedene Wege »bezuschusst«. Aber auch der Bund leistet Beiträge, jedoch nicht an die Gemeinden, sondern an die Länder. Weitere Financiers sind die Eltern der Kinder (über unterschiedliche sozial gestaffelte Entgelte). Und was in einem Bundesland so geregelt ist, kann im anderen ganz anders geregelt sein. Vergleiche zwischen Ländern und Gemeinden über Kosten und Finanzierung solcher bürgernahe öffentlicher Einrichtungen oder deren Qualität und Versorgungsgrade sind so kaum möglich.

FISKALISCHES »ÄQUIVALENZPRINZIP« WIRD VERNACHLÄSSIGT

Wesentlichen Prinzipien eines Finanzausgleichs wird damit heute nicht mehr entsprochen: vor allem das fiskalische »Äquivalenzprinzip« wird vernachlässigt, wonach die von den Gemeinden, Regionen, Ländern bereitgestellten öffentlichen Leistungen zum großen Teil auch von den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern über Abgaben bezahlt werden sollten. Dies bedeutet, dass die regionalen und lokalen EntscheidungsträgerInnen für die erforderlichen Einnahmen zur Erledigung bestimmter Aufgaben zu sorgen haben. Denn wer nicht nach dem Geld anderer rufen kann, wenn es um die Finanzierung neuer Aufgaben geht, wird effizienter und wirksamer mit vorhandenen Möglichkeiten umgehen. Auch

eine ausgewogene Zielorientierung und Transparenz fehlt im österreichischen Finanzausgleich weitgehend.

Auch das Subsidiaritätsprinzip kommt zu kurz, wonach die Verantwortlichkeit für die Aufgabenerfüllung auf der niedrigsten (bürgernächsten) Ebene liegen sollte, um den Präferenzen der Bürgerschaft am besten zu entsprechen und um möglichst geringe (Nutzen-)Spillovers zu erzeugen. Und schließlich sollte nach dem Effizienzkriterium jene Gebietskörperschaft die Aufgabe erbringen, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu den niedrigsten Kosten produziert und/oder aus volkswirtschaftlicher Sicht funktionell zur Aufgabenerfüllung (z. B. bezüglich Setzung von Rahmenbedingungen) geeignet ist.

Die heute allgemein akzeptierte finanzwissenschaftliche Definition des Finanzausgleichs lautet: Der Finanzausgleich bildet das zentrale Steuerungssystem der Finanzwirtschaft im (Bundes-)Staat. Er regelt die Zuordnung der öffentlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen auf die verschiedenen Gebietskörperschaften im Staatsaufbau.

Diese Auffassung ist damit wesentlich umfassender als die heute in vielen Staaten geübte Praxis – darunter auch jene Österreichs. Vielmehr herrscht heute meist ein enges, hauptsächlich auf die Verteilung der Steuermittel auf die verschiedenen staatlichen Ebenen abstellendes Verständnis. Das heißt: Eine aktuellen Entwicklungen entsprechende Neuverteilung der Aufgaben ist kaum noch möglich. In Österreich herrscht das Verständnis, wonach der Finanzausgleich vor allem einem Zweck dient: dem weitgehenden Ausgleich einer – aufgrund struktureller Gegebenheiten – unterschiedlichen Pro-Kopf-Ausstattung von Gebietskörperschaften (mit vergleichbaren Aufgaben) mit Finanzmitteln. Was hier passiert, ist aber nicht mehr als ein bloßer Finanzkraft- oder Ressourcenausgleich, aber kein Finanzausgleich, der sich auch um eine klare Zuordnung öffentlicher Aufgaben an einzelne Gebietskörperschaften samt entsprechender eigener Einnahmen und Ausgaben bemüht. Damit verstellen sich Politik und öffentliche Verwaltung aber strategische Handlungsmöglichkeiten sowie flexibles Reagieren auf Erfordernisse von Wirtschaft und Gesellschaft. Ebenso werden die Voraussetzungen für eine verbesserte finanzpolitische Steuerung, wie z. B. transparentere Budgetierungsverfahren, die Modernisierung der territorialen Strukturen und effektivere Koordinierungsprozesse nicht erbracht, die auch mit Hilfe des Finanzausgleichs geschaffen werden könnten.

Während man in vielen Staaten versucht, den Finanzausgleich an mehreren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen auszurichten und damit zu optimieren, ist dies in Österreich nicht der Fall. Die periodisch und jetzt wieder stattfindenden Verhandlungen über den bundesgesetzlich geregelten Finanzausgleich wurden überwiegend ein machtpolitisches »Gerangel« der VertreterInnen von Bund, Ländern und Gemeinden über die Anteile an der Finanzausgleichsmasse. Aus Angst, durch das Aufknüpfen des so komplizierten Geflechts Finanzmittel zu verlieren, begnügt man sich mit traditionellen Zielen wie das Sichern der Kontinuität der Finanzierung der Gebietskörperschaften, das Wahren des »Besitzstandes« am gesamten »Steuerkuchen« im Verhältnis zu den jeweils anderen Gebietskörperschaften sowie das Herstellen horizontaler Verteilungsgerechtigkeit zugunsten finanzschwacher Länder und Gemeinden. Auf der Strecke bleibt die Suche nach strategischem Konsens über Nachholbedarfe, über neue Prioritäten oder stabilitätspolitische Notwendigkeiten (z. B. das Stützen der meist überschuldeten früheren Trägergemeinden von Spitälern).

MAKROÖKONOMISCHE UNGLEICHGEWICHTE

Auch der österreichische Stabilitätspakt, der zu einer deutlichen Reduktion von Defiziten und Schulden zwingt, hat zu einem neuerlichen Festschreiben des bestehenden Finanzausgleichs vor allem durch die Länder und Gemeinden geführt, um diesen die bestehenden Finanzierungen sicherzustellen. Maßnahmen gegen die Verschuldung des öffentlichen Sektors verstärken dabei noch bestehende makroökonomische Ungleichgewichte, wenn etwa Geld für Bildungs- oder Beschäftigungsimpulse oder in strukturschwachen Regionen fehlt.

Etlche europäische Staaten haben vorgezeigt, dass Reformen der staatlichen Grundstrukturen auch eine Modernisierung des Finanzausgleichs ermöglichen. Im österreichischen System des »Verhandlungs- und Vollzugsföderalismus«, der auch durch die Bundesverfassung und ihre nicht mehr zeitgemäße Balance der Machtverteilung zwischen den Gebietskörperschaften geprägt ist, konstatieren wir derzeit allerdings eine Dominanz der Veto- gegenüber den Innovationsinteressen. Werte wie Effizienz prallen auf andere Werte wie Legitimität.

Ein neuer Finanzausgleich muss also wesentlich mehr sein als ein bloßer Finanzkraftausgleich zwischen Gebietskörperschaften. Er kann zentrales Steuerungssystem im Bundesstaat sein, indem er die Zuordnung der öffentlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen auf die verschiedenen Gebietskör-

perschaften regelt. Er kann wesentlich zu einem effizienteren Einsatz öffentlicher Mittel beitragen, wenn Grundsätze wie das Äquivalenzprinzip – also die Übereinstimmung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung – beachtet werden. Er kann große wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung entfalten, wenn mit dem Verteilen von Geld auch entsprechende Aufgaben erbracht und öffentliche Ziele und Strategien realisiert werden. Wobei Voraussetzungen wie eine ausreichende Abgabenaufonomie der Gebietskörperschaften, ebenso auch Transparenz über Nutzen und Kosten erfüllt sein müssen.

Formale Ziele eines neuen Finanzausgleichs wären daher u. a. einheitliche Grundstrukturen für den gesamten Staat (z. B. der Abbau von Parallelverwaltungen zwischen Bund und Ländern oder das Schaffen von Stadt-Umland-Regionen), weiters mehr Transparenz der Regelungen, möglichst einfache Administrierbarkeit und eine gute Abstimmung der einzelnen Teilbereiche des Finanzausgleichssystems. Dazu braucht es das Sichern einer ausreichenden Abgabenaufonomie der subnationalen Ebenen. Dies ist deshalb wichtig, weil dem Zentralstaat häufig eine weitgehende Steuerhoheit zukommt. Bei einem föderalen Staatsaufbau mit autonomen subnationalen Gebietskörperschaften bedeutet Autonomie, nicht nur eigenständig Ausgaben beschließen zu können, sondern auch möglichst eigenständig über zu entscheidende Steuern oder wenigstens Steuersätze zu verfügen (was Gesetzgebungs- oder wenigstens ausreichende Hebesatz-Hoheit verlangt).

Außerdem braucht es mehr Aufgabenorientierung bei der Mittelausstattung (Lastenausgleich): Es geht um das Berücksichtigen von (Sonder-)Lasten aus einem regional unterschiedlichem Bedarf nach einzelnen Leistungen (z. B. Versorgung von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen) sowie wegen begründeter überdurchschnittlich hoher Kosten der öffentlichen Leistungserstellung bei der Einnahmenverteilung. So sind z. B. bei besonders geringer oder hoher Siedlungsdichte die Stückkosten verschiedener Leistungen in der Regel höher als bei durchschnittlicher Siedlungsdichte. In den subnationalen Finanzausgleichen skandinavischer oder südeuropäischer Staaten, ebenso im Finanzausgleich der Schweiz, teils auch in den Gemeindefinanzausgleichen von Schweizer Kantonen sowie deutschen Ländern werden seit Jahren hiefür verschiedene »aufgabenbezogene« Kriterien verwendet. Solche Kriterien orientieren sich häufig an der Inanspruchnahme bzw. Bereitstellung von Leistungen. Beispiele hiefür sind etwa die Anzahl der SchülerInnen oder der Anteil von sozial schwachen

Gruppen an der jeweiligen Bevölkerung; teils bilden sie objektive, sachliche Umstände ab, wie etwa die Siedlungsdichte oder spezifische zentralörtliche Lasten von Städten und von regionalen Zentren, die unterschiedliche Lasten (Kosten) verursachen. Sie können bei der Verteilung von Finanzmitteln auf die subnationalen Gebietskörperschaften – seien es die Mittel des Steuerverbundes oder Finanzaufweisungen und andere Transfers – berücksichtigt werden.

Das Suchen und Finden solcher Wege könnte auch die Stärken von Demokratie zeigen, wie Transparenz des öffentlichen Handelns, Realisieren von Fairness, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich.

FÜNF ZIELE DES GVV ÖSTERREICH FÜR DEN FINANZAUSGLEICH

Der sozialdemokratische GemeindevertreterInnenverband Österreichs (gvv Österreich) ist der wichtigste Kommunalverband, der die Interessen sowohl der Gemeinden wie auch der Städte vertritt. Während sich Gemeindebund und Städtebund auf die Interessenvertretung ihrer jeweiligen Mitglieder konzentrieren, vertritt der gvv Österreich alle Kommunen unabhängig von ihrer Größe. Der gvv Österreich sieht die Reformnotwendigkeit des derzeitigen Finanzausgleichs, der stark zu Lasten der Kommunen geht, und hat daher – im Sinne des vorhin dargestellten – fünf Ziele der Gemeinden und Städte für den Finanzausgleich erarbeitet, formuliert und bei seiner Bundeskonferenz im Juni 2016 beschlossen.

Das 1. zentrale Ziel des gvv Österreich ist: Die Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung der Gebietskörperschaften müssen zusammengeführt werden! Das heißt, dass möglichst nur mehr eine Gebietskörperschaft für eine bestimmte Aufgabe zuständig sein soll und nicht zwei oder drei gleichzeitig. Das Zusammenführen dieser Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung würde ermöglichen, die unzähligen Finanztransfers zwischen den Gebietskörperschaften deutlich zu verringern. ExpertInnen sprechen mittlerweile von tausenden Finanztransfers in diesem sogenannten sekundären und tertiären Finanzausgleich.

Das 2. zentrale Ziel des gvv ist daher: Die zahllosen Finanztransfers vor allem zwischen Ländern und Kommunen müssen deutlich verringert werden! In Summe zahlen derzeit in Österreich die Gemeinden und Städte an die Länder über 2,76 Mrd. Euro an Transfers (etwa für Sozialhilfe-, Krankenanstalten- oder Landesumlagen). Das ist um 1,2 Mrd. Euro MEHR

als die Länder umgekehrt an die Gemeinden und Städte zahlen (etwa als Bedarfszuweisungen, Haushaltsausgleich usw.).


Das 3. zentrale Ziel des gvv ist daher: Die Transfers der Gemeinden und Städte an die Länder sollen schrittweise abgeschafft werden! Das würde die Finanzkraft der Gemeinden und Städte deutlich stärken. Die Gemeinden und Städte sind DIE unmittelbaren Lebensräume der Menschen in Österreich. SIE brauchen daher das nötige Geld und nicht die zum Teil aufgeblähten Strukturen und Kompetenzen der Länder. Das heißt auch, dass künftig nicht mehr einseitig vom Bund oder von den Ländern Aufgaben zu den Gemeinden und Städten verschoben werden dürfen, OHNE dass gleichzeitig auch das Geld dafür bereitgestellt wird.

Das 4. zentrale Ziel des gvv ist daher: Kein weiteres Überwälzen von Aufgaben an die Kommunen ODER aber mehr Steuerautonomie für die Kommunen bei der Grund- und Kommunalsteuer! Die Grund- und Kommunalsteuer sind – neben den Gebühren – die wichtigsten Gemeindeabgaben. Die Gemeinden und Städte haben aber fast keinen Gestaltungsspielraum dabei und sind daher stark auf den Finanzausgleich angewiesen. Zumindest eine Anhebung des maximalen Hebesatzes bei der Grundsteuer ist notwendig.

Städte und Gemeinden brauchen finanziellen Spielraum, weil sie unterschiedliche Aufgaben zu erledigen haben: großflächige Gemeinden haben oft hohe Ausgaben für die Straßen- und Wegeerhaltung, Städte haben meist zentralörtliche Einrichtungen und Aufgaben für sich und ihr Umland (Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, Sozialwesen, Kranken-, SeniorInnen- oder Pflegehäuser u.v.a.m.).

Das 5. zentrale Ziel des gvv ist daher: Die Verteilung der Finanzmittel soll künftig aufgabenorientiert sein! Der Finanzausgleich hat über die Jahrzehnte die Mittel vor allem pro Kopf verteilt. Und auch das nicht gerecht zwischen den einzelnen Bundesländern. Nicht erfüllt er das Ziel, das Geld entsprechend den tatsächlichen Aufgaben der Stadt oder Gemeinde zuzuweisen. Nicht erreicht hat der Finanzausgleich bislang auch, dass die Landflucht gestoppt wird.

Mit einem aufgabenorientierten Finanzausgleich könnte in Österreich ein neues, treffsicheres Finanzinstrument geschaffen werden, das zugleich die Aufgaben und Verantwortungen im Staat klarer verteilt.

Für das Zustandekommen dieser Positionen gilt mein Dank für Fakten und Inspirationen dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, seinem aktuellen Leiter Mag. Peter Biwald sowie seinem langjährigem früheren Leiter, Univ. Prof. Dr. Helfried Bauer. 

DR. ANDREAS HÖFERL

ist Klubdirektor im Wiener SPÖ-Rathausklub, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung und stv. Vorsitzender des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Österreich.

SCHOTTISCHE
SCHÖPF-
SCHLEIE



BENGALISCHER BUSENBARSCHE



WALISISCHE
WANGENWELSHIN



FINNISCHER FERKELFLOSSER



WESTINDISCHER
KURMWÄLLER

HAWAIIANISCHER
HIRSCHHERING



KOREANISCHER
KINNTUEFEL



AUSTRALISCHER
AUGENSCHLECKER



NORWEGISCHER
NASENHAI



STEIRISCHER
STÄBCHENSTÖR



KATALANISCHER
KATZENKARPFFEN



HELLROTER
HAARHECHT



VENEZIANISCHE
WARZENFORELLE



MONGOLISCHER
MORTADELLAFISCH

Manfred Deix

Labour – zwischen Shakespeare und Damaskus-Erlebnis

Nur zehn Monate nachdem Labours Parteimitglieder Jeremy Corbyn überraschend zu ihrem Parteiführer gewählt haben, versuchen Parlamentsfraktion und Parteiapparat ihn in einem selbstzerstörerischen Coup zu stürzen. Dabei zeigt sich, dass der von Corbyn vertretene radikale politische und rhetorische Kurswechsel im Grunde völlig richtig war. Um vor der – seit Herbst 2015 zur größten in der europäischen Sozialdemokratie angewachsenen – Mitgliedschaft zu bestehen, muss selbst die Parteirechte den dramatischsten Gesinnungswechsel mimen, seit sich Paulus in Damaskus zum Apostel wandelte.

Es war die große Überraschung des Polit-Sommers 2015: Der ewige Hinterbänkler Jeremy Corbyn gewann die Urabstimmung unter Labours Parteimitgliedern und UnterstützerInnen – mit 60% im ersten Durchgang gegen 3 (!) KandidatInnen des Parteiestablishments in geradezu triumphalem Ausmaß und nachdem alle aktuellen und ehemaligen Parteigrößen Corbyn und seine AnhängerInnen als verrückt, unfähig, sektiererisch und unwählbar abgetan hatten. Doch statt die Ursachen für dieses klare Votum in ihrer abgewirtschafteten Politik und der Skepsis gegenüber den traditionellen politischen Eliten zu erkennen, betrachten große Teile des Parteiestablishments diese Wahl bis heute als historische Fehlleistung des Elektorats, die es mit allen – wirklich allen – Mitteln rückgängig zu machen gilt.

OBSTRUKTION VON ANFANG AN

Jeremy Corbyn sah sich in der Parlamentsfraktion von Anfang an mit einem Ausmaß an Obstruktion konfrontiert, die ihresgleichen sucht. Statt Opposition gegen die Regierung, schien Opposition gegen den gewählten Parteichef die vorrangigste Aufgabe für einen großen Teil der Labour-Parlamentsfraktion zu sein. Während die – erst von Corbyn wieder klar vertretene – Ablehnung Labours zur Kürzung der Negativsteuern (tax credits) die Regierung Ende November 2015 zu einer Kehrtwende in einer budgetpolitischen Schlüsselfrage

zwang,¹ machte eine Rebellion des Schattenkabinetts gegen die außenpolitische Position Corbyns (und seines Vorgängers Ed Miliband²) zu Syrien einen parteiinternen Bruch tagelang zum Thema Nr. 1.³ Obwohl allein die Drohung, die beabsichtigten Personalkürzungen bei der Polizei zum großen Oppositionsthema zu machen, die Regierung Ende 2015 veranlassete, von ihren Plänen Abstand zu nehmen⁴, machten Corbyns Feinde medial zum Thema, warum die Öffentlichkeit Labour in Sicherheitsfragen nicht traue und wer Corbyn ersetzen könne.⁵ Als der konservative Schatzkanzler im Frühjahr 2016 mit seinen Budgetplänen Schiffbruch erlitt und Labour die Führung in den Umfragen übernahm, lieferten Mitglieder des Schattenkabinetts Stories für die großen Wochenendausgaben, warum Labour unter Corbyn niemals Wahlen gewinnen könne⁶ – und »anonyme Quellen« stellten Überlegungen an, wie er zu stürzen sei.⁷ Todesfälle und Rücktritte machten seit Herbst vier Nachwahlen erforderlich, die zum Plebiszit über Corbyns Parteiführerschaft erklärt wurden.⁸ Nicht einmal die Kandidaten von UKIP und Tories schienen so verbittert über die klaren Siege von Labour-KandidatInnen, wie manche Mitglieder der eigenen Parlamentsfraktion. Wochenlang kursierten medial »Befürchtungen« über die wegen Corbyn zu erwartenden schweren Verluste bei den Lokalwahlen im Mai 2016. Als Labour das Ergebnis von 2012 (als die Partei sehr gut abgeschnitten hatte) hielt und zusätzlich das Bürgermeisteramt in London wiedereroberte, mangelte es nicht an parteiin-

ternen Stimmen, die versicherten, mit Corbyn könne Labour keine Wahlen gewinnen.

EIN TRAGIKOMISCHER COUP

Das EU-Referendum lieferte schließlich den Anlass für eine Revolte der Parlamentsfraktion, auf die seit Monaten hingearbeitet worden war. Die angeblich »halbherzige« Kampagne Corbyns für den Verbleib in der Union wurde für das politische Waterloo von Premierminister Cameron verantwortlich erklärt. Eine Welle von Rücktritten aus dem Schattenkabinett sollte Corbyn zum Aufgeben zwingen. Doch der tat etwas Unerhörtes – und beugte sich dem Erpressungsversuch nicht, auch nachdem sich vier Fünftel der Abgeordneten gegen ihn ausgesprochen hatten.⁹ Er sei vor knapp zehn Monaten von den Mitgliedern gewählt worden, wenn man ihn stürzen wolle, müsse man gegen ihn kandidieren und eine Mehrheit der Mitglieder gewinnen. Doch davor scheuten die innerparteilichen Heckenschützen mit gutem Grund lange zurück: Mehr als 100.000 Menschen waren der Labour Party seit Ende Juni 2016 beigetreten, seit Corbyns Wahl zum Parteichef hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und hat die Labour Party erstmals zur mitgliederstärksten sozialdemokratischen Partei Europas gemacht.

Viel spricht also dafür, dass Corbyn trotz allem noch immer große Unterstützung an der Basis genießt. Nach wie vor strömen zigtausende Menschen zu seinen Auftritten, während seine OpponentInnen bestenfalls ein paar hundert ZuhörerInnen mobilisieren. Die Parlamentsfraktion der Labour Party glich in ihrem Verhalten wochenlang der Langzeittradition der öVP Wien: Was dem (noch dazu: misslungenen) Königsmord folgen sollte, hatte offenbar niemand überlegt. Ausschlaggebend scheint die absehbar gewordene Chance gewesen zu sein, mit Corbyn den ungeliebten Anspruch der Mitgliedschaft, die Politik der Partei zu bestimmen und damit in die bisherige Domäne der Parlamentsfraktion einzugreifen, wieder los zu werden. Corbyns Verbündete Diane Abbott brachte es auf den Punkt: »Es geht nicht um ein Match zwischen Parlamentsfraktion und Jeremy Corbyn. Es geht um ein Match zwischen Parlamentsfraktion und Mitgliedern.«¹⁰

URABSTIMMUNG – AM LIEBSTEN OHNE CORBYN

Erst Mitte Juli wagte sich Angela Eagle aus der Deckung und erklärte ihre Kandidatur, ihr folgte einige Tage später der bislang weitgehend unbekannte Owen Smith.¹¹ Gerade wegen der zweifelhaften Unterstützung der Mitgliedschaft für diesen Schritt wurde versucht, Corbyns Teilnahme an

der Wahl zu verhindern: Seine GegnerInnen wollten das Statut so auslegen, dass nicht nur HerausforderInnen, sondern auch der Amtsinhaber die Unterstützung von 20% der Fraktion brauche, um am Stimmzettel zu sein – ein Quorum, das Corbyn aktuell nur schwer schaffen könnte. Doch die Gewerkschaft spielte da nicht mit, der Versuch scheiterte im Parteivorstand mit 14:18 Stimmen.¹² Um zu verhindern, dass Corbyn überhaupt zur Wahl steht, zogen seine GegnerInnen sogar – erfolglos – vor Gericht.¹³ Dafür wurde die Zahl der Wahlberechtigten eingeschränkt. Rund 130.000 erst im letzten halben Jahr beigetretene Mitglieder wurden von der Wahl ausgeschlossen. UnterstützerInnen, die wahlberechtigt sein wollen, mussten sich innerhalb von zwei (!) Tagen registrieren, wobei der eingehobene Beitrag von 3 auf 25 Pfund angehoben wurde. Doch auch das nutzte wenig: Beachtliche 180.000 Personen registrierten sich als stimmberechtigte UnterstützerInnen.¹⁴ Angela Eagle hat inzwischen ihre Kandidatur zugunsten von Owen Smith zurückgezogen, der sich als der linkere Kandidat vermarktet und dem daher bessere Chancen zugebilligt werden, Corbyn doch noch zu schlagen. Ab Ende August werden daher mehr als eine halbe Million Wahlberechtigte (neben Mitgliedern und UnterstützerInnen auch Labour-unterstützende Gewerkschaftsmitglieder) entscheiden, ob Jeremy Corbyn Parteiführer bleibt oder durch Owen Smith ersetzt wird.

BEMERKENSWERTE INHALTLICHE ÜBEREINSTIMMUNGEN

Im Unterschied zu großen Teilen der Parlamentsfraktion scheint Owen Smith verstanden zu haben, dass er nur eine Chance hat, wenn er in wesentlichen inhaltlichen Fragen Corbyns Positionen übernimmt: Hatten im letzten Sommer alle KandidatInnen des Parteiestablishments noch »budgetpolitische Verantwortung« und Distanz zu den Gewerkschaften zu ihrem politischen Credo gemacht, erklärt sich Smith aktuell für ebenso radikal wie Corbyn. Er spricht sich gegen die Austeritätspolitik der Regierung aus, fordert ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm, die Schaffung eines eigenen Arbeitsministeriums und bemüht sich um Unterstützung aus den Gewerkschaften. Während Angela Eagle im Werkanon Shakespeares wohl am ehesten als in die Rolle des Königsmörders Macbeth gedrängt zu sehen ist, legt Smith seine Rolle als Marc Anton an, der keine Gelegenheit auslässt, um Corbyns Verdienste um den Kurswechsel der Partei zu loben und ihn als ehrenwerten Mann zu preisen. Smith, der sich im Juni 2015 noch mit dem Parteiestablishment nicht gegen die Kürzungen der Tax Credits aussprechen wollte,¹⁵ versucht sich

heute als wirklicher Mastermind hinter dem Oppositionserfolg im Herbst 2015 zu präsentieren.

All das zeigt im Grunde, wie richtig der im Sommer 2015 noch verlachte, von Corbyn vertretene politische Kurswechsel ist, der mit dem blairistischen Erbe zugunsten einer klaren, sozialdemokratischen Politik zu brechen versucht und Hunderttausende mobilisiert hat. Smith versucht sich als eine verbesserte Version Corbyns zu präsentieren, die handwerkliche Fehler vermeide, nicht in der eigenen Fraktion und von den Medien gemobbt werde und daher erfolgreich sein könne. Im Vorjahr hatten alle KandidatInnen erklärt, Corbyns Politik mache es unmöglich, in die Regierung zu kommen. Smith argumentiert, nur er könne es schaffen, in die Regierung zu kommen, um dort Corbyns Politik umzusetzen. Smith erweist sich damit als deutlich weniger ignorant gegenüber den politischen Veränderungen in der Partei als viele seiner MitstreiterInnen in der Fraktion und es ist nicht völlig auszuschließen, dass ihm ein Überraschungserfolg gelingt. Sicherlich wird dabei mit ausschlaggebend sein, wie glaubwürdig der Gesinnungswandel von Smith und der ihn unterstützenden Kräfte gelingt oder ob dieser, wie vor einem Jahr bei dem als Andy Turnham verspotteten Andy Burnham, als Täuschungsmanöver wahrgenommen wird.

LABOURS WÄHLERINNENPROBLEME

Egal ob Smith oder Corbyn die Wahl für sich entscheiden, werden Labours wirkliche Probleme aber nicht verschwinden. Während in der einstigen Hochburg Schottland die links positionierte SNP Labour an den Rand gedrängt hat, sind die Erfolge der rechtspopulistischen UKIP in traditionellen Kernschichten in Nordengland besorgniserregend. Soziale Ängste und Probleme, Misstrauen und Hass der Unter- und Mittelschichten gegen die sozialen und politischen Eliten brechen sich in chauvinistischen und fremdenfeindlichen Stimmungen Bahn. Das gefährdet (wie in anderen europäischen Staaten) die für einen Erfolg der Sozialdemokratie notwendige WählerInnenkoalition zwischen jüngeren, urbanen Mittelschichten, migrantischen Communities und der traditionellen ArbeiterInnenschaft. In letzterer Gruppe hat Corbyn bislang sicherlich nicht jene Erfolge aufzuweisen, wie sie Bernie Sanders im »Rostgürtel« der USA erzielt hat.

Zur Lösung dieses Problems ist aber nicht ausschlaggebend, welcher Parteichef der Parlamentsfraktion und den Medien besser zu Gesicht steht, sondern wer es schafft eine glaubwürdige und klare Re-Positionierung herbeizuführen.


Bei allen handwerklichen Mängeln Corbyns und seines Teams, das bis heute vom eigenen Erfolg 2015 überrascht scheint, sind die von ihm vorzuweisenden Erfolge keine Kleinigkeiten und erscheint es unfair, ihm vorzuwerfen, die Probleme, die Blair, Brown und ihre Epigonen ihn zehn Jahren verursacht haben, nicht in zehn Monaten gelöst zu haben.

DROHT EINE SPALTUNG DER PARTEI?

Zeitpunkt und Form der gegenwärtigen Auseinandersetzung lassen aber befürchten, dass Corbyns GegnerInnen das tatsächliche politische Problem Labours und die Chancen, die sich durch die politischen Kräfte, die Corbyn repräsentiert, bieten, nicht erkennen und meinen, durch eine Mischung aus alten blairistischen Phrasen, einem Schuss Spin und Telegenität einen Zaubertrank brauen zu können, der alles besser macht. Entscheidet Corbyn die Wahl neuerlich für sich, ist zu befürchten, dass die selbsterstörerischen Kräfte in der Fraktion weiterwirken. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden sie wie bisher als Stichwortgeber für eine Corbyn feindselig gesonnene Medienlandschaft dienen, sogar eine Parteispaltung steht im Raum. Die Konfliktsituation wird wohl noch dadurch verstärkt werden, dass das Verhalten der Parlamentsfraktion in den letzten Wochen die von Corbyn und den wichtigsten Gewerkschaften bislang abgelehnte Forderung nach einer verpflichtenden internen Vorwahl, auch für im Amt befindliche Abgeordnete, vor den nächsten Unterhauswahlen befeuern wird.

Was wie eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit klingt, ist für die Fraktion ein striktes Tabu. Anders als über den Parteichef, der jede Woche zur Disposition gestellt und über den alle elf Monate abgestimmt wird, sollen amtierende Abgeordnete nie wieder von der Partei nominiert werden müssen und fürchten viele das seit letzten Herbst über ihnen schwebende Damoklesschwert. Scheitert der Coup gegen Corbyn, laufen sie Gefahr von der erbosten Mitgliedschaft nicht mehr nominiert zu werden. Einen ersten Vorgeschmack erlebte Angela Eagle, als sich ihre eigene Wahlkreis-Parteigliederung gegen den Versuch, Corbyn zum Rücktritt zu drängen, wandte. Mit dem Mut der Verzweiflung könnte das zum kleinkindlichen Reflex führen, die eigene Sandburg lieber zu zerstören, als andere Kinder damit spielen zu lassen.

Eine erfolgreiche Labour-Opposition gegen die konservative Regierung der neuen Premierministerin Theresa May setzt aber voraus, dass das Ergebnis dieser Mitgliederabstimmung anerkannt und die Kräfte endlich gegen die, keines-

wegs unbesiegbaren, Konservativen geführt werden. Ob dies gelingt, wird maßgeblich davon abhängen, wie ernst es allen Beteiligten mit der in den letzten Wochen vielbeschwoeren Einheit der Partei ist. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.theguardian.com/uk-news/2015/nov/25/george-osborne-u-turn-scrap-tax-credit-cuts-autumn-statement>
2. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/ed-miliband-announces-that-hes-opposed-to-bombing-isis-in-syria-a6757741.html>
3. <http://www.theguardian.com/politics/2015/nov/28/labours-power-struggle-threatens-to-sideline-this-matter-of-utmost-importance-syria>
4. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/tory-conservative-u-turns-policies-david-cameron-benefit-cuts-junior-doctors-academies-a7018276.html>
5. <http://www.theguardian.com/politics/2015/dec/14/labour-mp-jess-phillips-knife-corbyn-vote-loser-general-election>
6. <http://www.theguardian.com/politics/2016/mar/12/labour-party-jeremy-corbyn-2015-election>
7. <http://www.bbc.com/news/uk-politics-35778000>
8. <http://www.newstatesman.com/politics/elections/2015/10/how-worried-should-labour-be-about-oldham-west-and-royton-election>
9. <http://www.bbc.com/news/uk-politics-36647458>
10. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/29/labour-mps-vs-corbyn-war-party-members-tories-brexit>
11. <http://www.theguardian.com/politics/2016/jul/09/labour-turmoil-angela-eagle-jeremy-corbyn>
12. <http://www.theguardian.com/politics/2016/jul/12/jeremy-corbyn-must-be-on-labour-leadership-ballot-paper-party-rules-nec>
13. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/jeremy-corbyn-can-stay-on-leadership-ballot-high-court-rules-a7160046.html>
14. <http://www.mirror.co.uk/news/uk-news/more-180000-registered-supporters-sign-8458478>
15. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/these-are-the-184-labour-mps-who-didn-t-vote-against-the-tories-welfare-bill>





Manfred Deix
Fit im Auto (1), undatiert
Landessammlungen Niederösterreich
Foto: Christoph Fuchs
© Manfred Deix, 2016

Norwegen, Schweiz, Türkei oder doch bloß WTO?

Nach der überraschenden Entscheidung in Großbritannien für den Austritt aus der Europäischen Union steht die Frage der Abwicklung künftiger Beziehungen an. Stefan Brocza stellt die Grundlagen für die Neuorganisation wirtschaftlicher und politischer Beziehungen dar und bespricht mögliche Szenarien entlang vergleichbarer Beispiele.

Mit dem britischen Referendum beginnt ein komplexer Austrittsprozess an dessen Ende die zentrale Frage steht: Ob und in welcher Form bleibt das Vereinigte Königreich der EU verbunden? Dabei ist alles möglich: von engst-möglicher Assoziierung bis zu x-beliebigen Drittstaat. Das Spiel ist offen.

Erst im EU-Reformvertrag von Lissabon, in Kraft seit dem 1. Dezember 2009, wurde die Möglichkeit zum Austritt europarechtlich geregelt. Davor stellte sich die Frage über das »Ob und Wie« allenfalls in juristischen Fachabhandlungen. Allgemeiner Tenor: Wo man beitreten kann, kann man auch wieder austreten. Das Nähere nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Nun gibt es zumindest den Artikel 50 EU-Vertrag:

(1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.

(2) Ein Mitgliedstaat, der auszutreten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. Das Abkommen wird nach Artikel 218 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgehandelt. Es wird vom Rat im Namen der Union geschlossen; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

(3) Die Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder andernfalls zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung keine Anwendung mehr, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern.

(4) Für die Zwecke der Absätze 2 und 3 nimmt das Mitglied des Europäischen Rates und des Rates, das den austretenden Mitgliedstaat vertritt, weder an den diesen Mitgliedstaat betreffenden Beratungen noch an der entsprechenden Beschlussfassung des Europäischen Rates oder des Rates teil.

Die qualifizierte Mehrheit bestimmt sich nach Artikel 238 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

(5) Ein Staat, der aus der Union ausgetreten ist und erneut Mitglied werden möchte, muss dies nach dem Verfahren des Artikels 49 beantragen.

Kritiker bringen zwar ins Spiel, dass Artikel 50 EUV dem politischen Grundgedanken der europäischen Integration zuwider läuft, wonach die EU ein auf Dauer angelegter Verbund konstitutionell eingebetteter Staaten und Bürger ist. Dennoch: Der Austritt wird – wie auch der Beitritt nach Artikel 49 EUV – unilateral vom jeweiligen Staat beantragt. Seit den frühen Morgenstunden des 24. Juni 2016 ist Artikel 50 EUV jedenfalls kein bloßer Symbolartikel mehr. Seine rudimentären Festlegungen müssen in der Folge – soweit es zu einem tatsächlichen Antrag des Vereinigten Königreichs kommt –

mit Leben erfüllt werden. Der Europäische Rat – die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten – werden wohl nicht umhin kommen, so etwas wie eine »Austrittsdoktrin« (in Anlehnung zur bereits existierenden »Beitrittsdoktrin«) zu erarbeiten. Mit dem Brexit betritt die EU jedenfalls europarechtliches Neuland. Erstmals könnte ein Mitgliedstaat als Gesamtes die Union verlassen. Die »Abspaltung« Grönlands in Jahr 1985 kann jedenfalls nicht als Vorlage dienen: Damals hat sich ja »nur« ein Landesteil eines Mitglieds verabschiedet. Die – vergleichsweise einfachen – Verhandlungen haben damals übrigens drei Jahre gedauert.

Im Zentrum des vorliegenden Beitrags soll jedoch nicht so sehr der (mögliche) Austritt und seine Ausgestaltung sein, sondern vielmehr das »Danach«. Welche Möglichkeiten bieten sich dem Vereinigten Königreich, seine Beziehungen zur verbleibenden EU zu gestalten?

DREI SEPARATE ABKOMMEN

Nach übereinstimmender Auffassung muss die EU drei separate Abkommen in Angriff nehmen:

1. das Austrittsabkommen mit Großbritannien;
2. das Abkommen zur Neuregelung der Beziehungen zum Nichtmitglied Großbritannien (das eine Form der Assoziierung nach Artikel 217 AEUV oder ein internationales Abkommen nach Artikel 218 AEUV sein könnte) und
3. die Regelung zur Anpassung der Verträge nach Ausscheiden Großbritanniens gemäß dem Verfahren von Artikel 48 EUV, etwa durch Löschen der allein auf Großbritannien bezogenen Protokolle.

Letzteres ist eine bisher eher wenig beachtete Hürde, denn die Änderung der Verträge erfordert nicht nur Einstimmigkeit und die Zustimmung des Europäischen Parlaments, falls kein Konvent einberufen werden soll, sondern auch die Ratifizierung durch alle verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gemäß ihren Verfassungsbestimmungen. Anders als bei der Beitrittsakte, die Vertragsänderungen einschließt, enthält Artikel 50 EUV keine eigene Grundlage zur Vertragsänderung, weshalb dieser Zusatzweg zu gehen ist. Auch hier mehren sich die Stimmen, Austritt und Vertragsänderungen so zu koppeln, dass das eine zeitgleich mit dem anderen in Kraft tritt und die begrenzte Vertragsänderung nicht von anderen Mitgliedstaaten genutzt wird, um die Verträge generell zu öffnen und ihre »Spezialwünsche« quasi durch die Hintertür im Vertrag zu verankern.

ALLFÄLLIGE NEUANBINDUNG

Bis das Austrittsabkommen in Kraft tritt, bleibt das Vereinigte Königreich Mitglied der EU. Mit allen Rechten und Pflichten. Danach ist alles offen und unterliegt den Verhandlungen. Liegt etwa zum Zeitpunkt des Austritts noch keine Einigung über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen vor, dann hätte das Vereinigte Königreich den Status eines x-beliebigen Drittstaates. Es ist – trotz aller Differenzen und allfällig aufkommender Rachegefühle – eher unwahrscheinlich, dass dies eintritt. Rechtlich möglich ist es aber allemal.

Das Spektrum an Möglichkeiten zur künftigen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen EU und Vereinigtem Königreich ist jedenfalls groß. Abhängig vom Ergebnis dieser Verhandlungen ist auch der Zugang des Vereinigten Königreichs zum EU-Markt. Wobei die Faustregel gilt: Um am EU-Binnenmarkt teilnehmen zu können, muss das Vereinigte Königreich finanzielle Mittel aufwenden und politische Souveränität aufgeben.

EWR-SZENARIO – MODELL NORWEGEN

Die engste Anbindung an den EU-Binnenmarkt ermöglicht eine Einbindung in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Dieses Szenario geht also davon aus, dass sich das Vereinigte Königreich wie Norwegen (und Island und Liechtenstein) dem EWR anschließt. Als EWR-Mitglied hätte es bis auf wenige Ausnahmen vollen Zugang zum Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten, müsste dafür aber in den EU-Haushalt einzahlen und in allen betroffenen Politikfeldern die jeweilige EU-Gesetzgebung ohne irgendeine Art von Mitspracherecht übernehmen. Aktuelle Untersuchungen gehen davon aus, dass die finanziellen Verpflichtungen etwa 85-90 Prozent des jetzigen EU-Beitrags Londons betragen würden. Das noch größere Problem beim Modell Norwegen: die Übernahme der vier Freiheiten. Die beiden Hauptargumente der Brexit-Befürworter – die Freizügigkeit der Unionsbürger und die Budgetzahlungen nach Brüssel – blieben also unverändert. Oder anders formuliert: Für allenfalls 10 Prozent Beitragsersparnis verliert das Vereinigte Königreich jegliches Mitbestimmungsrecht – der Rest bliebe aber gleich. Diese Option scheint (aus heutiger Sicht) politisch einfach nicht vermittelbar.

BILATERALE ABKOMMEN – SCHWEIZER SZENARIO

Die zweite Möglichkeit der Ausgestaltung der künftigen Beziehungen wäre eine Reihe von sektoral beschränkten bilateralen Abkommen, wie sie die EU mit der Schweiz verein-

bart hat. Im Gegensatz zum EWR ist dabei der Zugang zum Binnenmarkt beschränkter; vor allem die für das Vereinigte Königreich relevanten und sensiblen Bereiche Dienstleistungen und Finanzmarkt sind bei den bilateralen Abkommen mit der Schweiz jedoch ausgeklammert. Selbst beim Warenhandel gibt es Ausnahmen, es herrscht eben nicht für alles freier Warenverkehr. Die Schweiz zahlt hierfür ebenfalls (verhältnismäßig beträchtlich) in den EU-Haushalt ein und muss – in begrenzteren Maße – relevante EU-Standards umsetzen, um den Zugang zum Binnenmarkt aufrechtzuerhalten. Also auch hier: verhältnismäßig hohe Budgetzahlungen und keinerlei Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte. Was aber wohl noch mehr gegen das Schweiz-Szenario spricht: Nach den Erfahrungen der EU mit der Schweiz scheint in Brüssel niemand mehr auch nur im Ansatz dazu gewillt zu sein, solch eine Sonderlösung über ein Bündel von bilateralen Abkommen neuerlich abzuschließen.

FREIHANDELSABKOMMEN MIT DER EU – FTA-SZENARIO

Die dritte und klassische Möglichkeit zur Ausgestaltung von Beziehungen wäre ein erweitertes Freihandelsabkommen (Free Trade Agreement – FTA), wie es die EU zuletzt etwa mit Kanada vereinbart hat und aktuell etwa mit den USA verhandelt. Die EU hat eine lange Tradition im Verhandeln und Abschließen von Freihandelsabkommen. Das umfassende Wirtschafts- und Freihandelsabkommen EU-Kanada (CETA) beinhaltet beispielsweise einen schrittweisen Abbau der meisten Zölle, wobei diese gerade in Schlüsselsektoren wie der Automobilindustrie nur sehr langsam reduziert werden. Zwar sollen durch einen Regulierungsdialo g auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse reduziert werden, insgesamt dürften diese aber auf absehbare Zeit substantiell bleiben. Die für das Vereinigte Königreich substantiellen Sektoren Dienstleistungen und Finanzmarkt sind im EU-Kanada-Abkommen weitgehend ausgeschlossen. Insgesamt würde der freie Warenverkehr mit einem CETA-ähnlichen Abkommen zwar weitgehend offen gehalten, dem Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich würden jedoch viele neue Hürden auferlegt.

SZENARIO ZOLLUNION – MODELL TÜRKEI

Eine weitere, eher theoretische Möglichkeit wäre die Schaffung einer Zollunion. Dabei könnte die bestehende Zollunion der EU mit der Türkei als Vorlage dienen. Hier werden zwar die Zölle aufgehoben, aber es gibt keinerlei erweiterten Zugang zum Markt der EU. Zusätzliches Manko: Die Türkei ist so an die Außenhandelsverträge der EU gebunden. Ohne

jegliches Mitspracherecht. Schwer vorstellbar, dass das ehemalige britische Weltreich den Status der Türkei als angemessen empfinden würde. Ohne erweiterten Marktzugang, dafür aber an die internationalen Verträge der EU gebunden (ohne Einflussmöglichkeit).

NULL-OPTION – WTO-SZENARIO

Schließlich bleibt die so genannte Null-Option, der Handel einfach nach den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Dies beinhaltet die Wiedereinführung von Zöllen und die schrittweise Entstehung neuer nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Die Null-Option könnte auch eine Zwischenlösung sein, falls die EU erst nur die Übergangsbestimmungen mit Großbritannien aushandelt und sich erst nach dem vollzogenen Austritt über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien einigt. Das WTO-Szenario wäre wohl das Worst-Case-Szenario. Das Vereinigte Königreich, der Inbegriff einer Freihandelsnation, zurückgeworfen auf das Niveau eines x-beliebigen Entwicklungs- oder Schwellenlands.

ZUSAMMENFASSUNG

Theoretisch gibt es wohl noch weitere mögliche Szenarien, wie die EU ihre künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich ausgestalten könnte. Theoretisch könnte man auch von grundlegenden strukturellen Änderungen am Aufbau der EU träumen, welche den vollen Zugang zum Binnenmarkt auch für Nicht-EU-Mitglieder möglich macht. Realistisch scheint das jedoch nicht. Wie immer man es drehen und wenden will, um eines kommt das Vereinigte Königreich nicht umhin: Will es am EU-Binnenmarkt teilnehmen, dann muss es alle vier Freiheiten (also auch die verhasste Personenfreizügigkeit für Unionsbürger im Gebiet des Vereinigten Königreichs) akzeptieren und substantiell Geld nach Brüssel überweisen. Sowohl der existierende Acquis in diesem Bereich wie auch alle künftigen EU-Beschlüsse zu dem Thema sind ohne Ausnahme zu übernehmen. Im Gegenzug bekommt London dafür Zugang zum Binnenmarkt. Aber auch nicht mehr. Jegliche Mitsprache wäre ausgeschlossen, ja nicht einmal ein Anhörungsrecht wäre gegeben.

Je weniger Geld die Londoner Regierung in die Hand nehmen möchte, desto geringer werden so Zugangsmöglichkeiten in die verbleibende EU. Und sperrt man sich im Vereinigten Königreich tatsächlich gegen die Personenfreizügigkeit für Unionsbürger, dann wird das künftige Verhältnis London-EU rasch düster. Dann bleibt allenfalls der Status eines beliebigen Drittlandes. Wie das alles mit dem Selbstwertgefühl der

Menschen von den britischen Inseln zu vereinbaren ist, bleibt ein Rätsel. Vielleicht hätte man dann doch mal lieber vor dem 23. Juni eine trockene Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt. So aber hat sich wohl die früher zweitgrößte Wirtschaft der EU (nach dem Währungsverfall in Folge der Brexit-Entscheidung nun nur noch dritte hinter Frankreich!) selbst ins Out gesetzt. Wie sie von dort zurück ins Spiel kommen will, weiß wohl selbst in London niemand so genau. 🍷

STEFAN BRODZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen.





Manfred Deix
Parteibuch – Man kann nie früh
genug Parteimitglied werden,
um 1984 Landessammlungen
Niederösterreich, © Manfred Deix, 2016

Das grundsätzliche Dilemma der EU

Caspar Einem stellt Überlegungen an, wie die offenkundige Polarisierung und Spaltung innerhalb der Europäischen Union überwunden werden kann.

In den letzten Wochen und Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem die EU nicht für einen Mangel oder ein Scheitern verantwortlich gemacht wird, vielfach auf die Kommission gemünzt. Bei näherem Hinsehen allerdings sind es zumeist die Vertreter der Mitgliedstaaten, die sich auf nichts einigen können. Und wenn man noch etwas genauer hinsieht, zeigt sich oft, dass ein Spalt durch die Europäische Union verläuft – zumeist zwischen den alten Mitgliedern auf der einen und einigen neuen Mitgliedern (PL, CZ, SK, H) auf der anderen Seite. Hier soll der Versuch unternommen werden, dieses Problem einzuschätzen und Vorschläge zu seiner Bearbeitung zu machen.

SCHWIERIGE EINIGUNG AUF EINEN VERTRAG

Mir ist dazu ein Beispiel in den Sinn gekommen, ein Beispiel, mit dem ich etwa 2006/2007 unmittelbar zu tun hatte: Um die Fluglärmproblematik, die vom Betrieb des Flughafens Wien-Schwechat und von der geplanten dritten Piste ausgeht bzw. auszugehen drohte, in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise zu lösen, wurde ein Mediationsverfahren durchgeführt:

»Von 2000 bis 2005 fand das umfangreichste in Europa jemals durchgeführten Mediationsverfahren statt. Rund 50 Verfahrensparteien (Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden, Austrian, die Flugsicherung Austro Control, etc.) haben auf der Suche nach einvernehmlichen Lösungen tausende Stunden an gemeinsamer Arbeit investiert. Abgeschlossen wurde dieser Prozess mit dem zivilrechtlich verbindlichen Mediationsvertrag, der Einrichtung des Dialogforums und der Gründung des Umweltfonds. Die Flughafen Wien AG hat dabei Aufgaben übernommen, die – im Interesse der Menschen, die um den Flughafen leben – weit über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen.«¹

WIE VERBINDLICH IST DER MEDIATIONSVERTRAG

Vor einigen Jahren tauchte allerdings nun ein nicht vorhergesehenes Problem auf: Plötzlich gab es trotz der getroffenen Vereinbarungen wieder laute Stimmen zum Thema Fluglärm und einigermaßen heftiges Verlangen nach Änderungen bei den Einflugschneisen und damit auch beim Mediationsvertrag, den zuvor alle beteiligten Parteien akzeptiert und abgeschlossen hatten.

Das hat erste rechtspolitische Fragen in mir ausgelöst: Bürgerinitiativen sind im Gegensatz zu staatlichen Einrichtungen freiwillige Zusammenschlüsse ohne nachhaltige Verbindlichkeit der Teilnahme. Wenn also im Laufe der Jahre ein Austausch der Mitglieder einer (oder mehrerer) der beteiligten Initiativen stattgefunden hätte, dann könnte es durchaus zu Problemen in der Haltbarkeit der zuvor getroffenen Vereinbarungen kommen. Wäre dann die zwar mühsame, aber doch durch eine zufällige Konstellation zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mediationsverfahrens erzielte Lösung noch verbindlich? Warum sollten die damals Engagierten eine verbindliche Lösung bekommen bzw. behalten, während die heute Engagierten nichts mehr verändern könnten, obwohl sie doch durch die frühere Konstellation nicht gebunden worden sind?

Es entstanden aber auch neue Bürgerinitiativen mit neuen und in dieser Form daher nicht im Mediationsverfahren vertretenen Interessen, etwa an anderen Einflugschneisen, die zu einer Verlagerung des Verkehrs in Bereiche führen würden, die durch das Ergebnis des Mediationsverfahrens anders geregelt worden sind. Auch damit würde aber der bisher erreichte Konsens in Frage gestellt.

Das Problem: Mitunter reicht schon eine Stimme, die Position einer vertretenen Organisation, um eine gemeinsame

Lösung auszuhebeln. Das ist der Unterschied zu staatlichen – gesetzlichen – Regelungen, die von einer repräsentativ gewählten Mehrheit im Parlament getroffen wurden. Und da kann auch nicht bloß eine/r die ganze Regelung kippen.

Warum dieses Beispiel?

WIE VERBINDLICH IST DER LISSABONER VERTRAG

Der Europäischen Union sind 2004 und 2007 insgesamt zwölf neue Mitglieder beigetreten. Zweifellos war deren Beitritt freiwillig und fand sehenden Auges statt: Sie alle wussten oder konnten zumindest wissen, worauf sie sich einließen. Sie traten einem System mit bestehenden Institutionen und Regeln bei und sollten daher auch durch diesen Bestand (*acquis communautaire*) gebunden sein.

Nun aber zeigt sich ein Phänomen, das den vorangegangenen Vergleich rechtfertigt: Die Staats- und Regierungschefs bzw. die Regierungen einiger dieser neuen Mitglieder sehen sich heute vielfach auch als Vertreter ihrer jeweiligen Bürgerinitiativen, nämlich ihrer demokratisch gewählten Mehrheiten von heute. Und sie haben vielfach weder an den Verhandlungen vor dem Beitritt ihrer Länder teilgenommen noch auch je den europäischen Grundkonsens geteilt. Zumindest können sie das gestützt durch ihre heutige demokratische Legitimation vollmundig behaupten. Damit aber können sie die EU nahezu vollständig in ihrer Willensbildung blockieren – auch im Falle qualifizierter Mehrheitserfordernisse, wenn sie bloß gemeinsam auftreten.

Im Grunde ist aber auch die Tatsache, dass es heute vor allem die neuen Mitgliedsstaaten sind, die Mühe machen, bloß eine historische Zufallskonstellation. Denn auch in einer ganzen Reihe schon älterer Mitgliedsstaaten der EU haben sich die Mehrheitsverhältnisse in den letzten dreißig Jahren zum Teil tiefgreifend verändert und nehmen nun Parteien an der Willensbildung maßgeblich teil, die die EU auch nicht so zu nehmen bereit sind, wie sie vertraglich und verbindlich gestaltet worden ist. Es sollte also nicht mit dem Finger auf jene neuen Mitglieder gezeigt werden, die heute anscheinend das Hauptproblem zu sein scheinen. Es geht um eine grundsätzliche Frage, bei der die älteren EU-Mitglieder ähnliche Probleme aufwerfen bzw. aufwerfen können, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder wenn plötzlich Volksabstimmungen zu Fragen abgehalten werden, die an sich im Rahmen der EU vertraglich verbindlich geregelt sind.

Wie verbindlich ist also der Rechtsbestand in den beiden Fällen und kann er nötigenfalls durchgesetzt werden – zum einen der zivilrechtlich verbindlichen Mediationsvertrag der Fluglärmbeeinträchtigten von 2005 und zum anderen der Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Dezember 2009, den immerhin schon 27 der heutigen 28 Mitglieder beschlossen und ratifiziert haben?

Was ist also zu tun, wenn die Mitglieder eines Vertragswerkes nicht mehr einig sind oder wenn neue Spieler auftreten? Und welche Möglichkeiten gibt es unter der Bedingung, dass es im Rahmen der Gestaltung oder auch Neugestaltung der vertraglichen Basis der EU Einstimmigkeit unter den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten braucht? Alle Grundlagen noch einmal von Neuem aushandeln? Oder gibt es nur die Alternative des Austritts, wie er soeben vom Vereinigten Königreich im Wege der Volksabstimmung beschlossen worden ist – Austritt vor allem, weil mehrheitlich keine Bereitschaft (mehr) bestand, eine der Grundfreiheiten der EU, die Personenfreizügigkeit, weiterhin zu akzeptieren?

Das Problem ist hier, dass es die Alternative, die es auf staatlicher Ebene gibt, um Probleme, die nicht nachhaltig qua Mediationsvertrag gelöst werden können, zu lösen – ein demokratisch legitimes, durch die Parlamentsmehrheit beschlossenes Gesetz – auf europäischer Ebene nicht gibt. Auch dort reicht jeder Einzelne, um das System zu blockieren und es gibt derzeit keine Alternative dazu, weil es auch dafür Einstimmigkeit bräuchte.

EIN MÖGLICHER WEG

Viele Vertreter der neueren Mitglieder der EU beklagen, dass sie zwar aufgenommen worden seien, sich aber im Grunde niemand aus den Reihen der älteren Mitglieder je für ihre besondere Vergangenheit, die damit zusammen hängenden Probleme bzw. Gefühle und Interessen interessiert habe. Die anderen seien einfach davon ausgegangen, dass sie dieselben Wünsche und Aspirationen hätten, wie sie, dass ihnen dieselben Prinzipien gleich wichtig wären, dass Solidarität ein Grundprinzip wäre, das alle teilten usw. Natürlich wollten zum Beispiel ArbeitnehmerInnen aus ihren nach vierzig Jahren Kommunismus ausgemergelten Staaten und Volkswirtschaften die Personenfreizügigkeit nutzen. Das sei immerhin eines der Versprechen der EU gewesen. Und nun, wo sie dieses Recht endlich nutzen könnten, wollen das die älteren Mitglieder plötzlich nicht mehr.

Jahrzehnte waren die Länder des Ostblocks weitgehend gegen andere Völker abgeschottet, die Bevölkerungen weitgehend homogen, von autochthonen Minderheiten abgesehen, die vielfach allerdings auch nichts zu lachen hatten. Und jetzt plötzlich sollten sie ein Oktroi akzeptieren und Flüchtlinge aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens aufnehmen. Der Begriff der Solidarität ist bereits abstoßend für diese Länder, deren korruptes System von Partei und Gewerkschaften den Begriff gründlich diskreditiert hat. Und: Immerhin gebe es auch in der EU weiterhin die einzelstaatliche Souveränität – und keine verbindlichen Regeln, die zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichteten.

Dies sind nur zwei kurze Skizzen der Befindlichkeiten bei den meisten ehemals staatskommunistisch regierten Ländern.


Für das Funktionieren der EU und ihrer an der intergouvernementalen Methode beteiligten Institutionen wieder herzustellen bzw. für die Zukunft zu sichern, ja vielleicht sogar um den weiteren Bestand der Europäischen Union zu gewährleisten, kommen Vertragsänderungen nicht in Betracht. Es ist allerdings von entscheidender Bedeutung, das Problem zu bearbeiten. Hier wird ein Projekt, das den Namen »Neue Partnerschaft« haben könnte, vorgeschlagen, das zunächst einen intensiven respektvollen Austausch zwischen den beiden Gruppen zum Ziel hat. Es könnte vielleicht zu Beginn von den jeweiligen Nachbarn betrieben, dann aber auch auf europäisches Niveau gehoben werden.

Es reicht allerdings nicht aus, bloß ein Projekt zur Hebung der Befindlichkeit unter den Mitgliedern, eine Art Psychotherapie auf EU-Ebene zu betreiben. Im Zuge dieses Projektes geht es in weiterer Folge darum, sensible Themenfelder soweit miteinander zu bearbeiten, dass sie gemeinschaftlich gelöst werden können. Dazu wird es auch immer wieder nötig sein, sich in die Position des jeweiligen Gegenübers zu versetzen, und Entscheidungen mit zu unterstützen, die eigenen Interessen nicht diametral entgegen stehen, für die Partner aber von zentraler Bedeutung sind. Im Kern geht es darum, gemeinsam die Grundlagen der europäischen Integration wieder zu erlernen.

DIE IMMER GLEICHE HERAUSFORDERUNG IN DER EU

Das Projekt der europäischen Einigung, der heutigen EU, basiert darauf, dass sich seine Mitglieder aufeinander eingelassen haben, dass sie bereit waren, Dinge gemeinsam zu tun und

sich über deren Ziele und die Methoden zur Zielerreichung zu verständigen. Das ist im Kern das Erfolgsprinzip, das den Krieg unter den heutigen Mitgliedern der EU dauerhaft vertrieben hat. Die Interessen der jeweils anderen zu erkennen und sie zu respektieren und sich auf dieser Basis zu Kompromissen zu verständigen, statt die eigenen Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Heute ist diese Herangehensweise nicht mehr primär dafür erforderlich, weiterhin Krieg zwischen Mitgliedern der EU zu vermeiden. Der Frieden zwischen ihnen scheint doch einigermaßen nachhaltig gesichert. Aber das Funktionieren der Union, Erfolg in den Bereichen, in denen die einzelnen Mitglieder zu schwach sind, um im globalen Maßstab zu reüssieren, hängt weiter von der Bereitschaft dazu ab, sich auf einander einzulassen. Die Mühe lohnt jedenfalls! 

CASPAR EINEM

war 1994 bis 2000 Mitglied der Bundesregierung, später Europasprecher und Außenpolitischer Sprecher der SPÖ und ist heute u. a. Präsident des Österr. Instituts für Internationale Politik (oiip).



Manfred Deix
Sollen Priester heiraten dürfen?, 1995, Landessammlungen Niederösterreich, Foto: Christoph Fuchs, © Manfred Deix, 2016



Manfred Deix
o.T., 2015, © Manfred Deix, 2016



Tito, Störenfried & Neapel 1944

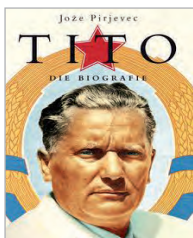


Oliver Nachtwey DIE ABSTIEGSGESELLSCHAFT

Uniabschlüsse bedeuten nicht mehr automatisch Status und Sicherheit, Arbeitnehmer bekommen immer weniger ab vom großen Kuchen. Oliver Nachtwey analysiert die Ursachen und befasst sich mit dem Konfliktpotenzial, das da-

durch entsteht: Selbst wenn etwa Deutschland bislang relativ glimpflich durch die Krise gekommen sein mag, könnten soziale Auseinandersetzungen auf uns zukommen.

SUHRKAMP, 264 Seiten, 18,50 Euro



Jozef Pirjevec TITO

Aus dem Slowenischen von Detlef Olof. Partisan und Revolutionär, Staatspräsident Jugoslawiens, Diktator und Architekt eines alternativen sozialistischen Modells – bis heute entzieht sich

Tito (1892–1980) einer politisch und historisch eindimensionalen Zuordnung. Als Tito 1980 starb, hinterließ er ein Machtvakuum, das zum gewaltsamen Zerfall des Vielvölkerstaates führte.

ANTJE KUNSTMANN, 720 Seiten, 41,10 Euro

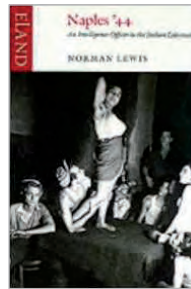


Birgit Lahann HOCHHUTH

Rolf Hochhuth, der Autor des »Stellvertreters«, wurde heuer 85 Jahre alt. Birgit Lahann hat die erste Biografie über diesen politischen Dramatiker und Schriftsteller geschrieben. Ludwig Erhard schmähte ihn als Pinscher, Helmut Kohl

difframierte ihn im Vatikan, Franz Josef Strauß beschimpfte ihn als Ratte und Schmeißfliege. Alle lieben die Freiheit, sagt Hochhuth, aber nicht die, die ihnen dazu verhelfen wollten.

DIETZ VERLAG, 384 Seiten, 30,80 Euro



Norman Lewis NEAPEL '44

Aus dem Englischen von Peter Waterhouse. Norman Lewis führt Tagebuch über seine Zeit als Nachrichtenoffizier in Neapel, von Herbst 1943, der Landung der alliierten Truppen bei Salerno, bis zu seiner Abberufung im Herbst 1944. Er

verzeichnet Gewalt, Unfähigkeit, Not, Witz, Erfindungsgeist und Verstellungskunst der Bewohner dieser fernen, »orientalischen« Stadt am Ende des großen Krieges.

FOLIO VERLAG, 240 Seiten, 22,90 Euro



Ulrike Weiler FLEISCH ESSEN?

Fleisch ist in Verruf geraten. Verbraucher quälen Zweifel ob der Produktionsbedingungen, es herrschen Bedenken, ob Fleischkonsum überhaupt vertretbar ist. Gleichzeitig formiert sich eine Gegenbewegung. Ulrike Weiler analysiert Fakten und Vorurteile zum Thema Fleisch,

diskutiert Konflikte zwischen Tier- und Umweltschutz und zeigt den Weg zu politisch korrektem Hedonismus.

WESTEND VERLAG, 272 Seiten, 20,60 Euro



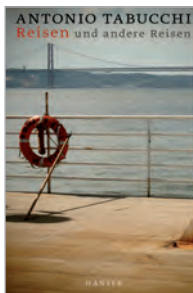
Fredrik Sjöberg WOZU MACHT MAN DAS ALLES?

Aus dem Schwedischen von Paul Berf. Fredrik Sjöberg erzählt von Menschen mit ausgefallenen Passionen und dabei auch von sich selbst. Zum Beispiel in der Geschichte über den Nürnberger Spielzeugfabrikanten Ignaz Bing, der

die fränkische Binghöhle entdeckt hat. Aber auch über den Bingvergaser, der in Sjöbergs erstem Mofa in Schweden eingebaut war, und über die Entdeckung der Freiheit.

CARL HANSER, 224 Seiten, 20,50 Euro

Reisen, eine Finca & Dubai



Antonio Tabucchi
REISEN UND ANDERE REISEN

Aus dem Italienischen von Karin Fleischanderl. Antonio Tabucchi nimmt uns mit in jene fernen und faszinierenden Länder, die wir aus seinen Romanen kennen. Ob in Brasiliens Minenregion, in den Klöstern Rumäniens oder in einer unbedeutenden Straße in Lissabon, der italienische Fabulierer findet immer wieder Anlässe, über das Eigene und das Fremde, das Reale und das Imaginäre nachzudenken.

CARL HANSER VERLAG, 256 Seiten, 20,50 Euro



Hector Abad
LA OCULTA

Aus dem Spanischen von Peter Kultzen. Ana Angel ist tot. Gestorben auf La Oculta, der Finca der Familie, irgendwo in den kolumbianischen Bergen. Wie jedes Jahr wären ihre Kinder erst zu Weihnachten zu Besuch gekommen, doch jetzt machen sich Pilar, Eva und Antonio im Frühjahr auf den Weg, um Abschied zu nehmen. Für sie alle ist La Oculta, »Die Verborgene«, ein besonderer Ort.

BERENBERG VERLAG, 304 Seiten, 25,70 Euro



Kurt Oesterle
MARTHA UND IHRE SÖHNE

Martha kann ihre Kinder nicht für die Zukunft erziehen. Die beiden Buben, Fred und Hel, müssen gewissermaßen selbst groß werden, sich selber helfen – und tun dies auch, wenngleich auf unterschiedliche Art. Wie sie den Kampf um die eigene Zukunft in einer seelischen und bildungsmäßigen Ruinenlandschaft in mehreren, teils schweren Bewährungsproben bestehen, erzählt der Roman.

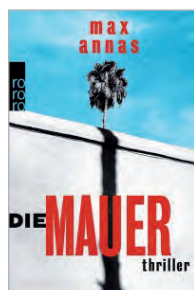
KLÖPFER UND MEYER, 180 Seiten, 20,60 Euro



Joseph O'Neill
DER HUND

Aus dem Englischen von Nikolaus Stingl. Ein New Yorker Anwalt nimmt ein Angebot an, in Dubai das immense Familienvermögen eines libanesischen Clans zu verwalten. Was für den Araber der »Hund«, ist für uns der Prügelknabe – ein Mann, dessen schier endlose Fähigkeiten, sich die Welt zurecht zu argumentieren, an den moralischen Kategorien des praktischen Alltagsleben zuschanden werden.

ROWOHLT, 320 Seiten, 23,60 Euro



Max Annas
DIE MAUER

Moses möchte nur eins: nach Hause. Raus aus der sengenden Hitze, raus aus dem verlassenem Vorort, in dem gerade sein alter Toyota liegen geblieben ist. Zu Freundin Sandi und einem kühlen Bier. Aber die Straßen sind wie leergefegt, niemand ist in Sicht. Moses hofft, in der nahe gelegenen Gated Community Hilfe zu finden. Dort, in der Welt der Weißen, ist schließlich alles geregelt.

ROWOHLT, 224 Seiten, 12,40 Euro



Hans Fallada
KLEINER MANN – WAS NUN?

Mit einem Nachwort von Carsten Gansel. Von der Urfassung des Romans, der Hans Fallada am Vorabend der Machtübergabe der Nazis zum international gefeierten Erfolgsautor machte, wurde ein Viertel noch nie veröffentlicht. Der Verkäufer Johannes Pinneberg und seine Freundin Lämmchen erwarten ein Kind. Kurz entschlossen heiratet das Paar, auch wenn das Geld immer knapper wird.

AUFBAU VERLAG, 557 Seiten, 23,60 Euro

There is An Alternative – Europäische Perspektiven nach dem Brexit-Votum

Spätestens im Sommer letzten Jahres, als sich die griechische Regierung nach einem die europäischen Werte verhöhnendem Schauspiel dem neuerlichen Diktat europäischer Institutionen und des EU-Rates unterwerfen musste, ist bei vielen die bittere Erkenntnis gereift, dass die EU und deren RepräsentantInnen nicht lern- und reformierfähig sind. Dass sich damals die europäische Sozialdemokratie spät und nur halbherzig hinter Syriza stellte, die doch deren Forderungen nach einem Ende der Austeritätspolitik und für ein soziales Europa verzweifelt politischen Ausdruck verlieh, hat letztlich nicht nur die Sozialdemokratie selbst enorm geschwächt, sondern auch die Perspektiven für eine Reform der EU in weite Ferne rücken lassen.

Seither steigt das nationalistische Ressentiment, die Legitimationskrise der EU hat mit dem Brexit-Votum vom 23. Juni einen vorläufig neuen Höhepunkt erreicht. Die Arbeiterklasse, Arbeitslose, Ausgegrenzte und von Abstiegsängsten geplagte Besserverdienende wenden sich angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Misere von der Sozialdemokratie, von Europa ab und den rechtsradikalen Parteien zu. Die Brexit-Befürworter schürten nationalistische Ressentiments und Angst vor Immigration. Es waren Lohndumping durch Zuwanderung, fehlendes leistbares Wohnen und der schlechte Zustand des Gesundheitssystems, die das Brexit-Votum beeinflussten, aber auch der Umstand, dass die unter Thatcher beginnende und unter New Labour fortgesetzte Deindustrialisierung das Leben vieler, insbesondere im Norden Englands zerstört hat. Ähnliches ist in anderen Ländern beobachtbar. Die Kluft zwischen den BürgerInnen und den reformunwilligen Technokraten Europas ist so groß wie noch nie, wobei es vor allem die konservativen Repräsentanten des EU-Rates sind, die im Zuge der Krise Europäische Kommission und Parlament zurückgedrängt haben und den ökonomischen Nationalismus und Merkantilismus, der im hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss seinen Ausdruck findet, zuungunsten des gesamt-europäischen Interesses durchsetzen.

Es tut sich aber auch seit Jahren eine Kluft zwischen Sozialdemokratie, die noch Teile der gesellschafts- und wirt-

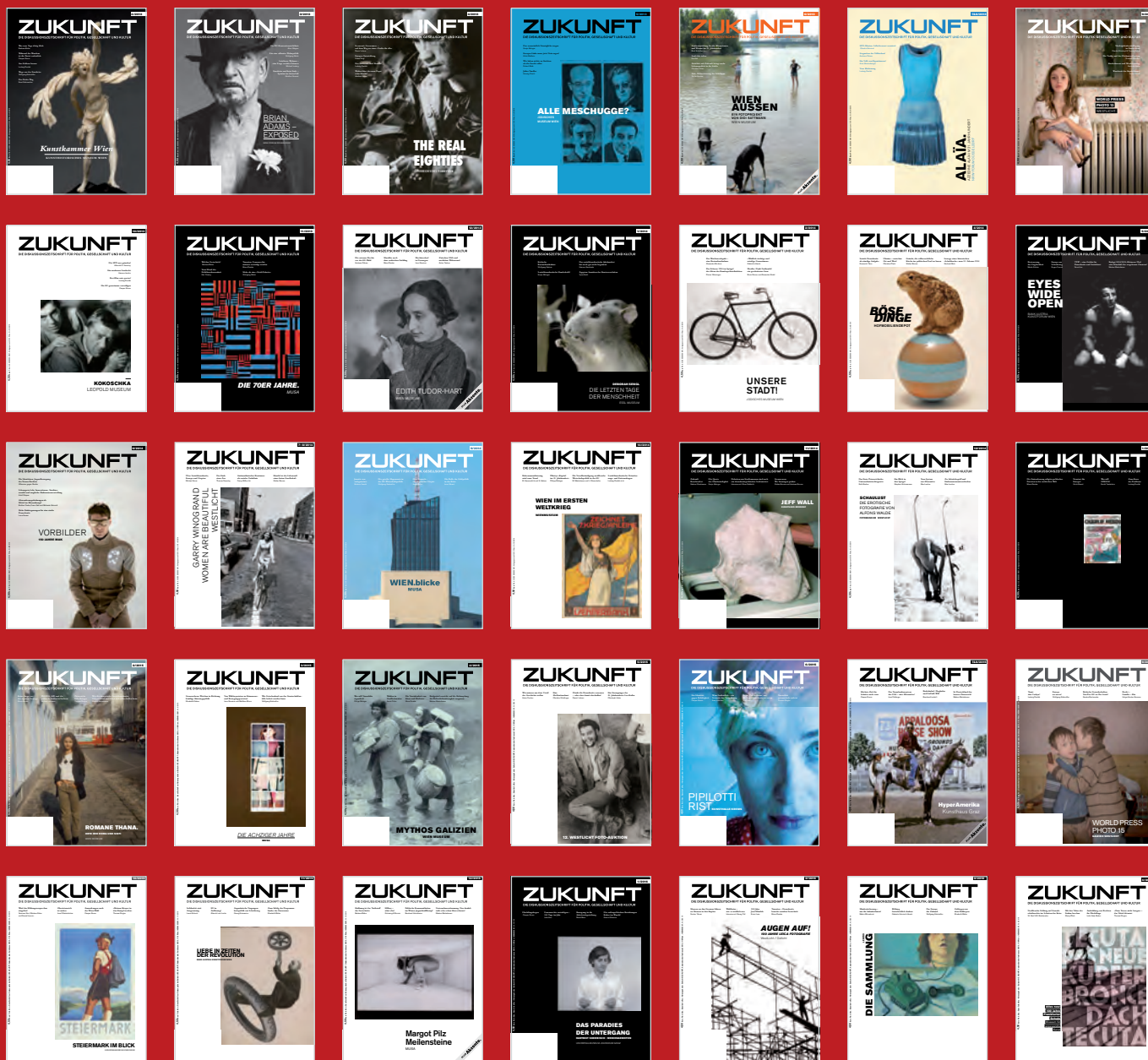
schaftspolitisch liberalen städtischen Mittel- und Oberschicht ansprechen kann, und den traditionellen Kernschichten der Arbeiterklasse auf. Antonio Gramsci, der in seinen »Gefängnisheften« die einfachen Leute als Intellektuelle ihres Lebensalltags ernst genommen und ins Zentrum seiner Überlegungen zur Erlangung einer linken kulturellen Hegemonie gestellt hat, wurde von der Neuen Rechten offenbar stärker rezipiert als von der Sozialdemokratie. Die Entfremdung zwischen den etablierten Linken und den Unterschichten wurde in eindrucksvoller Weise von Didier Eribon beschrieben, der in seinem Roman »Rückkehr nach Reims« die soziologischen Triebkräfte der Hinwendung der Arbeiterklasse zu rechtsradikalen Bewegungen thematisiert. Ein Aspekt ist die Wiedererlangung der mit Füßen getretenen Würde.

Das Credo der EU lautet: Das, was für die gut ausgebildeten Menschen, die in den Städten leben, gut sei, sei auch für alle anderen gut. Die Nation definiert entlang ethnischer Grenzen, das Vaterland, ist dann der Fluchtpunkt jener, die sich angesichts der sozialen Kälte der Globalisierung durch die EU nicht geschützt sehen, sondern durch sie bedroht. Wenn Linke als Antwort darauf die nationale Souveränität in zentralen Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wiederherstellen wollen, ist das angesichts der Reformunfähigkeit der EU berechtigt, aber die scharfe Abgrenzung zu vaterländischer Propaganda wird dann zu einer nicht zu bewältigenden Herkulesaufgabe.

Es gibt nur einen Ausweg und dieser scheint angesichts des zu erwartenden Austritts Großbritanniens, das die Achse der neoliberal orientierten EU-Länder enorm gestärkt hatte, weniger utopisch zu sein, als viele meinen: Die Reform der Währungsunion und der Europäischen Union zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion. Dies auch, um die nationale Souveränität in der Gestaltung beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik und sozialer Rechte wiederherzustellen. 🍷

ELISABETH BLAHA

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: